

Gute Gründe für eine konstruktive Europapolitik

○ A

B



IMPRESSUM

interpharma, Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz,
Petersgraben 35, Postfach, 4009 Basel
Tel: +41 61 264 34 00, info@interpharma.ch, www.interpharma.ch

Konzept, Redaktion & Korrektorat: GENTINETTA*SCHOLTEN Wirtschaft Politik Gesellschaft GmbH, Zürich

Gestaltung: BERTA Kommunikation AG, Zürich

Titelbild: deimagine/iStockphoto

Herausgabe: Januar 2017

Die Erfolgsgeschichte weiterschreiben

Das knappe Ja zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) im Februar 2014 war kein Nein zu den Bilateralen Verträgen mit Europa. Diese werden gemäss Umfragen von gfs.bern nach wie vor von einer Bevölkerungsmehrheit als wichtig eingeschätzt, nachdem sie 2000 in einer Referendumsabstimmung mit einer Zweidrittelsmehrheit angenommen und danach in mehreren Volksabstimmungen immer wieder bestätigt wurden. Allerdings hat sich sowohl in Umfragen wie auch in Dialogen mit der Bevölkerung gezeigt, dass die Bilateralen zwar als wichtig eingeschätzt werden, aber nicht mehr genau gesagt werden kann, wieso eigentlich und was sie im Einzelnen bewirken. Im Hinblick auf die Umsetzung der MEI und damit einhergehenden Volksabstimmungen wird es aber entscheidend sein, diese «leere Worthülse» Bilaterale wieder mit konkreten Inhalten und verständlich zu füllen.

Diese Basisdokumentation möchte einen Beitrag dazu leisten, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung der Bilateralen I in ihrer Gesamtheit darzustellen. Das soll nicht nur über die nüchternen Fakten geschehen, sondern auch über Geschichten, die zeigen, wie selbstverständlich die bilateralen Verträge in unserem Alltag integriert sind und welche Vorteile sie unserem Land bringen. Das Dokument ist eine informative und anschauliche Grundlage und als solche soll es als Gedankenanstoss für weitere eingängige und alltägliche Geschichten dienen, um die Erfolgsgeschichte der Bilateralen weiterzuschreiben.



Thomas B. Cueni
Generalsekretär Interpharma

Erläuterungen

Dieses Dokument bietet vielfältige Botschaften, Argumente, Frames sowie Facts & Figures und historische Argumente auf verschiedenen sprachlichen Stil- und Kommunikationsebenen.

Haupttext	Übersichtliche Darstellung der wichtigsten Botschaften und Zusammenhänge als Fliesstext (deskriptiv-argumentativer sprachlicher Stil)
 Story	Erzählung der wichtigsten Fakten und Zusammenhänge am Beispiel der Familie Wälti (narrativer sprachlicher Stil). Die Geschichten können exemplarisch verwendet werden und lassen sich an konkrete Kontexte anpassen.
 FIGURE BOX	Zahlen und Fakten in Bulletpoints, kurze und knappe Aufzählung
 FACT BOX	Zahlen und Fakten erläutert an konkreten Beispielen aus dem Schweizer Kontext
 HISTORY BOX	Historische Argumente und Zusammenhänge
<hr/> 25 Zahlenfeature	Hervorhebung besonders eindrücklicher Zahlen

Inhalt

Warum die Schweiz da ist, wo sie ist	
Vernetzte Offenheit	6
Warum wir Europa brauchen	
Die Schweiz und die Bilateralen	14
Weil wir Verstärkung brauchen	
Zuwanderung und Personenfreizügigkeitsabkommen	22
Weil wir unkomplizierten Handel brauchen	
Abbau von technischen Handelshemmnissen	32
Weil uns Wissen und Forschung vorwärtsbringen	
Forschungsabkommen	38
Weil wir mitbieten und Aufträge wollen	
Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen	46
Weil wir Lebensmittelvielfalt wollen	
Landwirtschaftsabkommen	50
Weil wir unkompliziert reisen wollen	
Luftverkehrsabkommen	54
Weil wir unsere Verkehrspolitik mit Europa sichern wollen	
Landverkehrsabkommen	60

Warum die Schweiz da ist, wo sie ist

Die Schweiz ist heute wirtschaftlich, politisch und kulturell rund um den Globus, aber besonders in Europa vernetzt. Diese internationale Vernetztheit ermöglicht lokal wirtschaftlichen Erfolg und Stabilität. Zahlreiche heimische Unternehmen treiben die Innovationen voran und schaffen sichere Arbeitsplätze, weil sie auf diese vernetzte Offenheit der Schweiz zählen. Die Schweiz konnte im Verlaufe der Zeit ein einzigartiges Netzwerk schaffen. Es leistet uns gute Dienste, und viele Länder beneiden uns darum. Es kann aber nur erfolgreich bleiben, wenn wir für unsere Partner verlässlich sind.

Offenheit als Grundwert

Die Schweiz ist ein souveräner Staat, der auf vielfältige Weise mit allen europäischen Ländern und Regionen vernetzt ist.



Genau wie die Familie Wälti. Die Grosseltern Brigitte und Hanspeter sind pensioniert, Sohn Michael arbeitet in der Exportindustrie, seine Frau Nicole ist Architektin. Ihre Töchter Anna und Julia sind in der Ausbildung. Die Tochter der Wältis, Sandra, arbeitet in der Zollverwaltung und hat Juan, den gebürtigen Spanier, geheiratet. Er ist Maschineningenieur. Sie haben drei Kinder, Lena, Max und den kleinen Noah. Wie in jeder Familie gibt es noch Onkel, Tanten und Cousins; die Familie vergrössert sich, ein neues Familienmitglied wird geboren, manche stossen aus dem Ausland dazu. Man lernt sich kennen, freut sich über Neues und muss sich mit anderen Gewohnheiten zuerst vertraut machen. Andere Familienmitglieder wohnen nicht mehr in der Schweiz, kehren aber immer wieder gerne zurück. Und so verändert sich die Familie Wälti wie die Schweiz auch; und so eigensinnig und einzigartig die Familie Wälti auch ist, verkörpert sie eine typische Schweizer Familie – verwurzelt in der Schweiz, aber verbunden mit der Welt.

Die Schweiz hat viele Vorteile aus ihrer neutralen Haltung gewonnen. Aus der Mitte des europäischen Kontinents ist sie auf vielfältige Weise nicht nur besonders mit den Nachbarregionen und -ländern, sondern mit allen europäischen Staaten verbunden: Wohlstand und Stabilität hat uns in den letzten Jahren vor allem die wirtschaftliche Verflochtenheit mit der globalen, und insbesondere mit der europäischen Wirtschaft ermöglicht.

Ein Blick auf den Globalisierungsindex der ETH Zürich zeigt, dass die Schweiz eines der am stärksten vernetzten Länder weltweit ist – und das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und kulturell. Unser Handel ist sehr auf den Export ausgerichtet. Mehr als die Hälfte unserer Waren liefern wir nach Europa. Viele unserer Arbeitsplätze hängen davon ab, wie die Beziehungen zum uns umgebenden europäischen Raum gestaltet sind. Praktisch alle Branchen sind betroffen: ob die Pharmaindustrie in Basel, die Uhrenindustrie im Kanton Neuenburg, die Maschinen- und Finanzindustrie, die Hotellerie und die Gastronomie oder die Landwirtschaft in der ganzen Schweiz. Auch die Schweizer Stromkonzerne sind eng in den europäischen Markt eingebunden und von der Preispolitik der anderen Länder abhängig. Und an unseren Hochschulen wird Wissen in weltweiten Forschungsk Kooperationen erweitert und gesichert.

Als Gastgeberland ist die Schweiz auch politisch mit der Welt verknüpft: Immerhin 25 internationale Organisationen haben ein Sitzabkommen mit der Schweiz, was ihnen unabhängiges und geschütztes Wirken ermöglicht. Einige dieser Organisationen sind in Bern und Basel beheimatet, ein grosser Teil im internationalen Genf. Darunter die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Welthandelsorganisation (WTO) und natürlich die Vereinten Nationen (UNO). Gerade wegen der Nähe zu den Vereinten Nationen haben sich ausserdem rund 250 Nichtregierungsorganisationen für den Standort Schweiz entschieden – dazu gehören zum Beispiel

Ganz vorne

liegt die Schweiz im «Index of Globalisation» der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich. Und zwar vor Deutschland, Frankreich und den USA.

FACT BOX



Eine Idee aus der Schweiz verknüpft Menschen weltweit

Dank des Engländers Tim Berners-Lee wurden in Genf am CERN, dem Europäischen Kernforschungszentrum, die Grundlagen für das Internet, wie wir es heute kennen, erarbeitet. Tim Berners-Lee erfand die Hyper Text Markup Language (HTML) als einfaches und effizientes Mittel zur Verknüpfung von Text und Grafik und zum Austausch von Daten zwischen Computern verschiedener Hersteller. Und am CERN in Genf wurde nicht nur der erste Browser, sondern auch der erste Webserver und damit die erste Website der Welt entwickelt. Sie existiert immer noch und hat eine Schweizer Endung: <http://info.cern.ch>.

Amnesty International, Reporter ohne Grenzen oder die Internationale Arbeitsorganisation. Genf ist damit neben New York wichtigster Standort für die globale Zusammenarbeit und Diplomatie. Mehr als 2700 Konferenzen und Sitzungen mit rund 200000 Delegierten aus allen fünf Kontinenten finden jährlich in der Schweiz statt. 170 Staaten der Welt sind ständig mit einem Sitz bei den Vereinten Nationen in Genf vertreten. Zahlreiche globale Herausforderungen können dank der vielen Akteure vor Ort von der Schweiz aus koordiniert angegangen werden.

HISTORY BOX



Das Rote Kreuz – von der Schweiz in die Welt

Die Schlacht von Solferino in der Nähe des Gardasees 1859 gilt als eine der blutigsten Gefechte der damaligen Zeit. Der Schweizer Geschäftsmann Henry Dunant organisierte nach der Schlacht eine Hilfsaktion mit örtlichen Freiwilligen zur Versorgung der zahlreichen Opfer. Drei Jahre später forderte er ein internationales Abkommen zum Schutz von Kriegsopfern und «Hilfsgesellschaften» in allen Ländern. Im Februar 1863 gründete er in Genf das «Internationale Komitee für die Hilfe an Verwundeten» – das spätere Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) – und setzte sich die folgenden Jahre überall in Europa für die Gründung nationaler Rotkreuzgesellschaften ein. Dank dem Schweizer gibt es heute ein Netz von rund 190 nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften auf der ganzen Welt. Mehr als 90 Millionen Mitglieder leisten Katastrophenhilfe, viele davon in Freiwilligenarbeit.

Die Schweiz ist aber nicht nur Herberge, sondern auch selbst Mitglied in mehr als 100 internationalen Organisationen. Sie ist zum Beispiel Gründungsmitglied der 1960 ins Leben gerufenen Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA), Mitglied der Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Im Jahr 2014 hatte die Schweiz den Vorsitz der OSZE inne und in dieser Rolle wesentlich als Vermittlerin in der Ukraine-Krise gewirkt. Aus dem Engagement von Bundesrat Didier Burkhalter als OSZE-Vorsitzendem resultierte ein erster, fragiler Waffenstillstand. Vermittlung und Mediation haben als «Gute Dienste» bei uns Tradition. In den vergangenen Jahren begleitete die Schweiz über 30 Friedensprozesse in mehr als 20 Ländern – zum Beispiel in Armenien und Georgien, dem Sudan und in Kolumbien.

25

Internationale Organisationen und mehr als 250 Nichtregierungsorganisationen haben ihren Sitz in Genf. Das «internationale Genf» gilt neben New York weltweit als wichtigstes Zentrum für internationale Zusammenarbeit und Diplomatie.



Wenn Brigitte Wälti an Weihnachten eine Spende ans Rote Kreuz überweist, unterstützt sie damit eine der vielen internationalen Organisationen, die ihre Entstehung in der Schweiz hatten. «Das ist aber nur eine von vielen», meint ihr Mann Hanspeter. «Wusstest Du, dass die Schweiz seit über 100 Jahren mit internationalen Organisationen Sitzabkommen geschlossen hat? Abmachungen also, dass die Organisationen ihren Sitz hier in der Schweiz haben dürfen? Das reicht von der Internationalen Organisation für Normung ISO bis zum Weltpostverein und zur Welthandelsorganisation WTO. Und natürlich den vielen Organisationen der Vereinten Nationen in Genf.»

Seit Jahrhunderten bestehen enge kulturelle Verbindungen zu unseren Nachbarländern. Wir teilen dieselben Werte und eine liberale Tradition. Wir haben das gleiche Demokratie-, Staats- und Rechtsverständnis und sind uns einig, was Menschenrechte, Minderheitenschutz und Meinungsfreiheit angeht. Die Schweiz ist sprachlich mit drei grossen europäischen Kulturräumen verbunden. Das ermöglicht uns, mit Leichtigkeit im Austausch mit unseren europäischen Nachbarn zu stehen. Goethe reiste Ende des 18. Jahrhunderts nach Zürich, um sich mit dem Philologen Bodmer und dem Schriftsteller und Philosophen Lavater auszutauschen. Schiller brachte 1804 mit «Wilhelm Tell» den Schweizer Nationalmythos ins Theater. Auch im 19. Jahrhundert gehörte ein Besuch in der Schweiz zum Pflichtprogramm des kultivierten Europäers: Tolstoi bereiste die Schweiz auf den Spuren Rousseaus, und der englische Politphilosoph und Demokratietheoretiker Alexis de Tocqueville kam hierher, um das schweizerische Verständnis von Freiheit und das politische System zu studieren.

Heute findet der Kulturaustausch Platz in zahlreichen europäischen Programmen. Das Filmförderprogramm «MEDIA» verschafft Filmprojekten mit kleinen Heimmärkten den Zugang zum grossen europäischen Publikumsmarkt, indem es die Produktion und den Verleih von kleinen Filmprojekten besonders fördert. Dadurch liefen zwischen 2006 und 2013 73 Schweizer Werke in europäischen Kinos und verzeichneten Erfolg: Die Schweizer Dokumentation «More than Honey» hat 2013 beispielsweise sowohl den deutschen als auch den österreichischen Filmpreis gewonnen und zahlreiche Besucherinnen und Besucher in ganz Europa ins Kino gelockt. Die europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme ermöglichten jungen Schweizerinnen und Schweizern während Auslandssemestern, Berufspraktika oder im Zuge spezieller Projekte über den Tellerrand der Schweiz zu gucken. Im Jahr 2013 machten 7000 junge Schweizerinnen und Schweizer davon Gebrauch. Beide Programme liegen seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative auf Eis und der Bundesrat musste Übergangslösungen in Kraft setzen.

Wie nah wir Europa sind, sehen wir jeden Tag. Wir kommunizieren viel und orientieren uns an internationaler Presse und Fernsehstationen, besonders der Nachbarländer. Im Fernsehen schauen wir den Tatort auf ARD, das Sportstudio im ZDF, eine Dokumentation auf Arte,

manchmal DSDS auf RTL, ebenso TF oder RAI. Über das Internet sind wir mit der ganzen Welt verbunden. Und auch die Schweizer Medien sind im Ausland beliebt: Die Neue Zürcher Zeitung hat besonders in Deutschland eine grosse Leserschaft. 35 Prozent der Klicks auf die Webseite der renommierten Schweizer Qualitätszeitung werden im Ausland getätigt. Auf Facebook verzeichnet die «Alte Tante» rund 40000 Fans aus Deutschland.

Vernetzte Offenheit bringt uns vorwärts

Als kleines, rohstoffarmes Land mit vielen klugen Köpfen spielt die Schweiz weltweit in der ersten Liga. Diese Spitzenposition verteidigen wir mit Erfolg, weil die Menschen in den Schweizer Unternehmen tagtäglich Spitzenleistungen bringen. Wir verteidigen sie aber auch, weil unsere Unternehmen auf gute und offene Handelsbeziehungen aufbauen können.

Die Schweiz ist eines der wettbewerbsfähigsten Länder der Welt. Dies verdankt sie ihrer ausserordentlichen Innovationskraft und ihrer wirtschaftlichen Offenheit. Das heisst, der Fähigkeit, neue Ideen kreativ umzusetzen und daraus marktreife Produkte zu entwickeln, um sie dann erfolgreich auch ausserhalb der Schweiz vermarkten zu können. Der Zugang zu Märkten auch ausserhalb der Schweiz ist für ein kleines Land mit begrenztem Marktpotenzial im Inland zentral. Besonders wichtig sind gute Handelsbeziehungen zu den Nachbarländern in Europa. Dank den bilateralen Verträgen haben wir die Offenheit und den unkomplizierten Zugang zum grossen europäischen Binnenmarkt.

Ohne Menschen mit vielfältigem Hintergrund geht aber nichts: Die Forscherin, die eine Entdeckung macht. Ein KMU, das die Forschungsergebnisse in marktreife Produkte umsetzt und dafür Fachkräfte, Verwaltungsangestellte und Angestellte in der Produktion und im Verkauf benötigt. Alle diese Arbeitsplätze können nur dank gut ausgebildeten Arbeitskräften ihre positive Wirkung entfalten – Arbeitskräften aus der Schweiz, aber auch aus anderen Ländern. Erfolgreiche Projekte entstehen meist in Kooperationen. Und manchmal benötigt man dafür auch Wissen und Fähigkeiten, die vor Ort noch nicht vorhanden sind. Von dieser Offenheit und diesem Austausch profitieren wir alle, sie gehören zu den traditionellen Grundwerten der Schweiz. Schon immer haben wir Menschen aus dem Ausland aufgenommen und ihnen die Möglichkeit gegeben, in unserem Land erfolgreich zu sein: Der Deutsche Albert Einstein hat hier die Relativitätstheorie und die berühmte Formel $E = mc^2$ entwickelt. Die Russin Anna Tumarkin studierte in Bern Philosophie und erhielt dort 1909 als erste Frau in Europa eine Professur. Aber auch weniger bekannte Erfinder hatten hier gute Ideen: Jacob Schwegler aus Deutschland erfand in Genf das Mineralwasser, der Engländer Thomas Cook das erste Reisebüro. Die Firma Rolex wurde von Hans Wilsdorf aus Nordbayern gegründet.



Die Familie Wälti hält zusammen – wie schon damals in den 1960er-Jahren, als Erika, Hanspeters Schwester, Gianni Fontanelli geheiratet hat und alle darüber die Nase gerümpft haben. Gianni war Gastarbeiter und hat auf dem Bau gearbeitet. Heute spricht er fast perfekt Schweizerdeutsch, ist Teilhaber eines Bauunternehmens, und keiner denkt mehr dran, dass er nicht zur Familie Wälti gehören könnte. Und auch Tante Vesna, die 1995 Brigittes Bruder Peter geheiratet hat, ist gut integriert: Sie hat nicht zuletzt beim Grillieren im Sommer die Herzen der Familie mit ihren bosnischen Spezialitäten erobert. Mittlerweile hat sie einen Delikatessenladen eröffnet und leistet nicht nur ihren Teil zum Familieneinkommen, sondern hat auch Arbeitsplätze für zwei Angestellte geschaffen. Ausserdem beliefert Vesna inzwischen auch Restaurants im Ausland und ist damit selbst Teil von sogenannten überregionalen «Wertschöpfungsketten».

Der Wissenstransfer hat in der Schweiz Tradition. Er bildet die Basis dafür, dass die Schweiz politisch stabil und wirtschaftlich stark ist. Schon vor Tim Berners-Lee haben wir vom Know-how von Menschen, die mit Wissen, Neugierde und Energie in die Schweiz gekommen sind, profitiert: So sind zum Beispiel die aus Frankreich vertriebenen und in die Schweiz geflüchteten Hugenotten eine Basis für den Wohlstand der Waadt.

HISTORY BOX

Die Hugenotten in der Schweiz



Die Einwanderung der Hugenotten 1685 war die erste grosse Flüchtlingsbewegung, die die Eidgenossenschaft erreichte. 150 000 Personen kamen in die Schweiz, 60 000 liessen sich wenigstens vorübergehend nieder. Die Schweiz hatte damals 1.2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner – für die Aufnahme dieser grossen Anzahl Flüchtlinge war ein gemeinsamer Plan notwendig. Die katholischen Orte weigerten sich, Flüchtlinge einer anderen Konfession aufzunehmen. So teilten sich Bern, Zürich, Basel und Schaffhausen die Aufgabe, es wurden Aufnahmequoten festgelegt. Bern übernahm die Hälfte der Flüchtlinge. Nach nur acht Jahren waren die orthodox-reformierten Berner aber nicht mehr bereit, die andersgläubigen Hugenotten zu beherbergen: Zwei Drittel wurden bis 1699 ausgeschafft – entweder in den Norden nach Preussen und Skandinavien oder in die Untertanengebiete Berns. Viele von ihnen gingen in die Waadt, wo sie sich als Gewerbetreibende und Industrielle hervortaten. Ringier, Sarasin, Gaydoul und Ogi sind nur einige bekannte Namen hugenottischen Ursprungs.

FACT BOX



InSphero AG: High Tech made in Switzerland

International agiert die InSphero AG, Englisch ist die Sprache der Webseite des KMU-Hightech-Unternehmens, geliefert wird weltweit. Zu den Kunden des Unternehmens gehören heute die weltweit grössten Pharmafirmen wie Pfizer, AstraZeneca und Roche, aber auch Kosmetikhersteller und Chemieunternehmen. Für die Herstellung von Miniaturorganen und Mikrogeweben benötigt die InSphero AG zahlreiche Produkte aus dem Ausland. Gegründet wurde das Jungunternehmen 2009 in Schlieren im Kanton Zürich als Spin-off der ETH Zürich und der Universität Zürich. Hier werden die Produkte hergestellt, an denen neue Substanzen auf Wirksamkeit und Nebenwirkungen getestet werden können. So lassen sich beispielsweise Medikamente zur Behandlung von Krebs- oder Lebererkrankungen effizient prüfen. InSphero verkauft rund die Hälfte der hergestellten Gewebe und Organe auf dem europäischen Markt. Beim Export der empfindlichen, teils lebenden Produkte ist das Unternehmen auf schnelle Handelswege angewiesen – weitere Standorte unterhält InSphero in Deutschland und den USA. Eingebunden in ein weltweites Netzwerk, liegt der Mittelpunkt des Unternehmens am Stadtrand von Zürich. Hier platzierte sich das Unternehmen 2014 an der Spitze der Top 100 Schweizer Startups, hier erhielt Gründer und Geschäftsführer Jan Lichtenberg die Auszeichnung «Schweizer Entrepreneur des Jahres». Sein Unternehmen kann dank der Rahmenbedingungen, die ihm die Schweiz bietet, innovativ und erfolgreich sein: Das Team ist international aufgestellt, die besten Köpfe mit und ohne Schweizer Pass arbeiten zusammen, in eigenen Projekten wie auch in Forschungszusammenarbeiten, mit Universitäten und Förderprojekten aus dem europäischen Forschungsrahmenprogramm.

FACT BOX



PB Swiss Tools: 100 Prozent Schweizer Qualität

Das Emmental, eine der malerischsten Landschaften der Schweiz, im 19. Jahrhundert geprägt von Landwirtschaft und Armut, wie sie Jeremias Gotthelf in seinen Werken beschrieben hat. Weltweit bekannt gemacht hat das Emmental vor allem sein Käse. Hier werden aber auch Werkzeuge produziert, und zwar seit 135 Jahren. Jede und jeder hat sie schon einmal in der Hand gehabt: Schraubenzieher und andere Werkzeuge von PB Swiss Tools. Eine Frau steht an der Spitze des Unternehmens, sie führt das Schweizer Traditionsunternehmen in die Zukunft. Fest verwurzelt im Berner Mittelland agiert die Firma auf dem internationalen Markt: Investitionen in die Schweizer Standorte und Engagement in der Region helfen, loyale Mitarbeitende vor Ort zu finden. Forschungsk Kooperationen mit Schweizer Fachhochschulen und Universitäten sichern die Marktfähigkeit: Denn PB Swiss Tools produziert schon lange nicht mehr nur klassische Werkzeuge, sondern auch medizinische Instrumente von höchster Präzision – und ist sehr stark exportorientiert. Von den 12 Millionen Werkzeugen, die im Schnitt pro Jahr produziert werden, exportiert PB Swiss Tools mehr als die Hälfte (66 Prozent) ins Ausland. Produziert wird nach wie vor ausschliesslich in der Schweiz – gearbeitet wird damit in der gesamten Welt.

Notizen



Warum wir Europa brauchen

Die Schweiz ist weltweit vernetzt; geographisch liegt sie im Herzen Europas und ist auch kulturell und historisch ein Teil davon. Nachdem der europäische Kontinent bis Mitte des 20. Jahrhunderts von Kriegen durchschüttelt war, schafften die Vorgängerorganisationen der EU Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent. Darauf konnte unser Wohlstand wachsen. Dass sich die EU gegenwärtig in einer herausfordernden Lage befindet, ist unbestreitbar. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass auch die Schweiz oder die USA nicht von heute auf morgen zu dem wurden, was sie heute sind. Die Schweiz ist nicht Mitglied der Europäischen Union. Mit den bilateralen Verträgen haben wir uns aber ein Netzwerk in Europa geschaffen, mit dem wir in den für unseren Wohlstand wichtigen Gebieten gut mit unseren europäischen Nachbarländern zusammenarbeiten können, ohne unsere Eigenheiten zu verlieren. Ein Netzwerk mit Partnern, die wir brauchen.

Vielfältiges Europa – die Schweiz mittendrin

Die Schweiz ist Teil eines vielfältigen Europas und seit jeher eingebunden. Wir gehören zu Europa, genauso wie Europa zur Schweiz gehört. Wir sind unter anderem so erfolgreich, weil das europäische Projekt zwar nicht perfekt, aber doch nützlich ist.

Europa besteht aus einer Vielzahl von unabhängigen Staaten und ist Heimat für 500 Mio. Menschen in diversen Regionen und mit den unterschiedlichsten Traditionen und Kulturen. Diese Vielfalt und Diversität ist das, was wir an Europa schätzen.

Die stärksten Beziehungen haben wir zu unseren direkten Nachbarländern. Gerade weil wir mit ihnen Sprachen, Kulturen und Geschichten teilen, fahren wir so gerne und oft dorthin. Obwohl Europa in sich so divers ist wie die Schweiz im Innersten, so ist der europäische Kontinent nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine kulturelle Gesamtheit, die sich gegenüber Amerika, China, Indien und Russland behaupten will und muss. Die europäischen Werte sind in der Schweiz tief verwurzelt und liegen in unserer langen Geschichte im Herzen des europäischen Kontinents begründet. Demokratie, Gewaltentrennung, die Einhaltung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Religionsfreiheit sowie Gleichberechtigung verstehen die europäischen Staaten als ihre Basis. Diese Errungenschaften sind und waren in der Schweiz und in Europa nicht immer selbstverständlich und mussten erst blutig erkämpft werden. Heute sind diese Werte grundlegend für ein europäisches Selbstverständnis, das uns miteinander verbindet.

HISTORY BOX

Freiheit: Der Freiheitsbegriff hat eine lange Geschichte; im Sinne politischer Freiheit wurde er im Wesentlichen geprägt durch den Deutschen Immanuel Kant, den Engländer John Locke und natürlich die französische Revolution. 1789 verkündete die französische Nationalversammlung die Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen, die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.



Demokratie: Ermöglicht unsere Lebensform und unsere politische Ordnung, sie bezeichnet alle Staatsformen, in denen die Macht und die Regierung vom Volk ausgehen. Bekannterweise ist die Demokratie eine europäische Errungenschaft, sie hat ihren Ursprung im antiken Griechenland; trotzdem musste sie auch auf dem europäischen Kontinent immer wieder neu erkämpft werden.

Rechtsstaatlichkeit: Hat ihre Ursprünge im England des 17. Jahrhunderts. Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass der Staat garantiert, dass alle Menschen in gleicher Freiheit leben können und materielle wie auch Rechtssicherheit besteht. Die staatliche Macht ist kontrolliert durch die Gewaltentrennung: Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sind organisatorisch streng getrennt, und alle müssen sich an die Gesetze halten. Eine freie Presse beobachtet das System und zeigt auf, wenn diese Grundsätze nicht eingehalten werden.

Ein Blick nur etwas mehr als ein halbes Jahrhundert zurück zeigt aber, dass diese Werte auch in Europa schnell vergessen gehen können. Dass die Schweiz nicht in den letzten Weltkrieg hineingezogen wurde und Mitte der 1940er-Jahre nicht in Trümmern lag wie das restliche Europa, war ihrer Neutralität zu verdanken.

Ein Bündnis für Stabilität und Sicherheit

Die EU und ihre Vorgängerorganisationen haben dafür gesorgt, dass so viele Freiheiten und Möglichkeiten wie nie zuvor für alle Menschen auf dem europäischen Kontinent bestehen. Sie garantieren Sicherheit und Stabilität.

«Und doch gibt es ein Mittel, das wie durch ein Wunder in wenigen Jahren Europa, oder doch dessen grössten Teil, so frei und glücklich macht, wie es die Schweiz heute ist», erläuterte Winston Churchill 1946 in seiner berühmten Zürcher Rede, und forderte ein vereintes Europa. Dass dies nicht so einfach sein würde, wissen wir heute. Was mit Wirtschaftsvereinigungen begann, weitete sich auf eine Union mit einer gemeinsamen Währung aus, die heute grosse Herausforderungen zu bewältigen hat. Durch die Öffnung des Ostblocks mit dem Mauerfall vor einem Vierteljahrhundert hat sich die europäische Gemeinschaft verändert. Nicht zuletzt auch dank der Erfindung des Internets ist die Welt immer vernetzter geworden. Dieser Wandel lässt sich nicht rückgängig machen: Demokratisierungsforderungen sind berechtigt, und mit dem Austritt Grossbritanniens aus der EU ist diese an einem Punkt angelangt, an dem sie ihre Strukturen und Prozesse hinterfragen muss. Sie muss nach vorne schauen und wir mit ihr.

Als souveräner Staat mit langer direkt-demokratischer Tradition verkörpert die Schweiz mit ihren vier Landessprachen und -regionen beispielhaft, wie Diversität und Vielfalt funktionieren können. Gleichzeitig zeigt ein Blick in die Schweizer Geschichte aber auch, dass unser Bundesstaat und unsere schweizerische Identität – wie die europäische – erst wachsen mussten und Zeit brauchten, um Krisen zu überwinden und eine Einheit zu werden.

HISTORY BOX

Vom Staatenbund zum Bundesstaat

Auch die Schweiz musste erst drei gescheiterte Verfassungen hinter sich bringen, bis der Bundesstaat seine heutige Form erhielt: Die Helvetische Republik als Zentralstaat entstand 1798 nach der Besetzung der Schweiz durch die Franzosen – wurde aber bereits wieder 1803 von einem Staatenbund abgelöst. Nach der Besiegung Napoleons ging die Schweiz mit der Restauration wieder zum alten lockeren Staatenbund über. Der Bundesstaat in seiner jetzigen Form konnte erst nach einem bewaffneten Konflikt gegründet werden: dem Sonderbundskrieg von 1847.



Trotz aller Schwierigkeiten leben wir dank der Europäischen Union auf dem europäischen Kontinent seit über 60 Jahren in Frieden. Die EU gibt es in ihrer heutigen Form erst seit knapp 25 Jahren – der Vertrag von Maastricht wurde 1992 unterzeichnet. Das ist nicht lange – aber lange genug, dass wir die Freiheiten, die Europa und wir durch unsere Verträge mit der EU haben, für selbstverständlich halten:

- Wir reisen frei und ohne langwierige und mühsame Passkontrollen durch Europa (Schengen-Abkommen).
- Solange wir nachweisen können, dass wir über ein Einkommen und eine Krankenkasse verfügen, können wir unseren Wohn- und Arbeitsort in Europa frei wählen (Abkommen über die Personenfreizügigkeit).
- Wir können uns in ganz Europa ausbilden lassen, als Lehrlinge oder Studierende (Erasmus+).
- Die Flugpreise sind seit dem Abschluss der bilateralen Verträge stark gesunken und die Zahl der Flugverbindungen ebenso stark gestiegen (Luftverkehrsabkommen).

Schliesslich gehören zu Europa auch nicht nur die wirtschaftlich schwächeren Länder im Süden, sondern auch Staaten wie Finnland, Estland, Schweden oder Österreich, wo ähnlich gute Arbeitsperspektiven und Wirtschaftskraft bestehen wie in Deutschland oder Dänemark.

Der Weg zu den Bilateralen

Die Schweiz hiess die europäische Integration gut – selbst Teil sein, wollte sie aber nicht. Das EWR-Nein markiert den Beginn des bilateralen Wegs der Schweiz: Ein Weg, der uns politische Unabhängigkeit bei grösstmöglicher, vor allem auch wirtschaftlicher Teilhabe an Europa lässt.

Den europäischen Einigungsprozess verfolgte die Schweiz immer eher aus der Beobachterperspektive. 1972 unterzeichnete sie ein einfaches Freihandelsabkommen mit den europäischen Gemeinschaften, um an den wirtschaftlichen Vorteilen des damals noch wesentlich kleineren und weniger komplexen Marktes teilhaben zu können, ohne Souveränität zu verlieren. Das Abkommen führte insbesondere zu einem Abbau von Zöllen, nicht aber zum Abbau technischer Handelshemmnisse.

In den folgenden Jahren rückten die europäischen Länder immer stärker zusammen, die Welt begann sich zu globalisieren. 1993 wurde in Maastricht die Europäische Union gegründet. Dem Nichtmitglied Schweiz wurde – wie den anderen Mitgliedern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) – zur Wahl gestellt, am gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit der EU teilzunehmen und damit nicht nur den Vorteil des freien Handels, sondern auch des freien Verkehrs von Kapital, Dienstleistungen und Personen zu haben. Der EWR war im Interesse der Schweiz, doch in der Volksabstimmung vom Dezember 1992 entschied sich die Stimmbevölkerung gegen den EWR.



Die Aufregung war gross in der Familie Wälti, am 2. Oktober 2001. Simona, die Tochter von Erika und Gianni, war seit Jahren Flight Attendant bei der Swissair, und alle waren stolz, wenn sie mit ihrer Uniform zum Flughafen fuhr. Und nun sass sie in Kapstadt fest. Nichts ging mehr, die Flugzeuge mit dem Schweizer Kreuz hoben nicht mehr ab. Bei den Wältis wurde zwar schon seit einiger Zeit diskutiert, dass die Strategie der Swissair, kleine Fluggesellschaften aufzukaufen und eine eigene Allianz zu gründen, problematisch war. Richtig geschockt waren sie – wie die gesamte Welt – als im September die zwei Flugzeuge in die New Yorker Twin Towers flogen. Und vor allem froh, dass Simona damals keinen Dienst in den USA hatte. Simona war danach oft besorgt von der Arbeit nach Hause gekommen, aber dennoch – ihren Anruf am 2. Oktober hatten sie nicht erwartet. Und was danach kam, noch viel weniger. Die Swissair gab es nicht mehr, und Simona verlor ihre Stelle. Glücklicherweise fand sie nach einiger Zeit neue Arbeit – aber zu schlechteren Konditionen.

Der Entscheid gegen den EWR hatte Folgen: In den 1990er-Jahren stagnierte die Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit stieg.

FACT BOX



1993 wurde in Europa der EU-Binnenmarkt eingeführt. Das bedeutete auch für die Fluggesellschaften völlig neue Rahmenbedingungen. Alle europäischen Fluggesellschaften im EU-Raum waren nun gleichgestellt. Die Swissair jedoch als Nicht-EU-Gesellschaft war im europäischen Raum massiv benachteiligt: Sie musste höhere Flughafentaxen bezahlen, durfte bei Zwischenlandungen in Europa keine Flugpassagiere mehr aufnehmen und ganz allgemein keine Strecken im EU-Raum anbieten. Die Swissair versuchte zwar noch, mit der sogenannten «Hunter-Strategie», dem Aufkaufen kleiner Fluggesellschaften, eine eigene Allianz zu gründen und damit Gegensteuer zu geben. Aber wie spätestens nach dem Grounding im Oktober 2001 klar wurde, war dies die falsche Strategie für die Schweizer Luftfahrt, um die Benachteiligungen, die sich aus der Position der Schweiz in Europa nach dem EWR-Nein ergaben, zu kompensieren.

Weil die Schweiz sich eine wirtschaftliche Isolation vom europäischen Wirtschaftsraum nicht leisten konnte, entschied der Bundesrat im Frühjahr 1993, bilaterale Verhandlungen mit der EU aufzunehmen. Die EU willigte ein, in sieben Sektoren Gespräche zu führen, wenn diese im Gesamtpaket verhandelt, unterzeichnet und umgesetzt werden. Mit einer «Guillotine-Klausel» wurden alle Abkommen miteinander verknüpft: «Wird eines der Abkommen nicht verlängert bzw. gekündigt, werden auch die übrigen ausser Kraft gesetzt», steht im Vertrag zwischen der Schweiz und der EU. Das Tor zum bilateralen Weg war geöffnet.

Im Juni 1999 unterzeichneten die Schweiz und die EU dann die ersten sieben Abkommen: die Bilateralen I. Sechs der sieben Abkommen entsprechen «klassischen Marktöffnungsabkommen», die den gegenseitigen Zugang zu den Arbeitsmärkten und die Handelsbeziehungen in verschiedenen Bereichen erleichtern. Das siebte Abkommen regelt die Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, die ebenfalls von hoher Relevanz für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist. Am 21. Mai 2000 stimmten 67.2 Prozent der Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger für die bilateralen Verträge mit der EU und bestätigten diese auch in den Folgejahren immer wieder.

Der Souverän steht zum bilateralen Weg

2000	Bilaterale I	67.2% Ja
2005	Schengen/Dublin	54.6% Ja
2005	Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die 10 neuen EU-Staaten und Revision der flankierenden Massnahmen	56.0% Ja
2006	Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	53.4% Ja
2009	Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens nach 2009 und Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien	59.6% Ja

Zwei Jahre später begannen die Verhandlungen um ein zweites Paket: Die Bilateralen II klären die Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Sicherheit, Asyl und Umwelt sowie in kulturellen Bereichen wie der Filmförderung. Die Bilateralen II sind nicht mit einer Guillotinen-Klausel verknüpft. Gegen die Assoziation der Schweiz zum Schengen/Dublin-Abkommen wurde das Referendum ergriffen. Die Stimmbevölkerung lehnte das Referendum jedoch ab.

Mehr als 120 bilaterale

Abkommen

inklusive das Freihandelsabkommen von 1972 und die zwei grossen Vertragspakete Bilaterale I und II vernetzen die Schweiz mit Europa.

Mit Eigensinn erfolgreich

Die Schweiz hat mit den bilateralen Verträgen den Fünfer und das Weggli verhandelt: Wir sind im europäischen Netzwerk eingebunden, ohne der EU beitreten zu müssen. Wir können zukünftige Herausforderungen gemeinsam mit unseren europäischen Partnerinnen und Partnern frei angehen.

Die Mehrsprachigkeit und die direkte Demokratie: Dies sind wohl zwei der am häufigsten genannten Eigenheiten, wenn es darum geht, die Schweiz zu beschreiben. Was uns auf dem europäischen Kontinent einzigartig macht, ist, wie wir mit der EU unsere Beziehungen zu Europa geregelt haben. Wir haben den bilateralen Weg eingeschlagen, um den uns viele beneiden. Dieser Weg hat grossen Rückhalt in der Bevölkerung. Und er wurde mit wiederholter Zustimmung der Schweizerinnen und Schweizer an der Urne gebaut. Er schafft einen verlässlichen Rahmen, der unserer Wirtschaft den Weg zu den Märkten freimacht, damit Investitionen getätigt und Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können. Neuere Meinungsumfragen (gfs.bern) bestätigen das. Im Frühjahr 2016 stimmten 82 Prozent der befragten Stimmberechtigten der Aussage zu, dass die Wirtschaft auf stabile Beziehungen zur EU angewiesen ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung gab und gibt den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Recht: Die Schweizer Wirtschaft ist seit der Einführung der bilateralen Verträge pro Kopf deutlich schneller gewachsen als in den vorangehenden Jahren. Auch wenn das nicht zwangsläufig sichtbare Folgen fürs eigene Portemonnaie hat, profitieren die Bürgerinnen und Bürger davon: Eine stabile, gut laufende Wirtschaft ist die Voraussetzung für Wohlstand, Sicherheit und Wohlbefinden.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der Schweiz nach Abschluss der Bilateralen finden nicht alle Arbeitssuchenden Arbeit in der Schweiz. Das hat auch mit Veränderungen in der Arbeitswelt zu tun: Während Arbeitsplätze in der Landwirtschaft oder der manuellen Industrie zurückgehen, nehmen Beschäftigungen zum Beispiel im Dienstleistungs- und Technologiesektor stetig zu. Wir brauchen Arbeitskräfte im Detailhandel, der Gastronomie, aber auch in der Finanzbranche, dem Versicherungswesen und dem öffentlichen Sektor: Bildung und Unterricht, Gesundheits- und Pflegewesen. Überall wandeln sich unsere Bedürfnisse und damit auch die Anforderungen an die Arbeitnehmenden.

Nie mehr als 3.9 Prozent

betrug die Arbeitslosenquote in den Jahren nach dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge, während sie Mitte der 1990er-Jahre teilweise über 4.5 Prozent betrug.



Hanspeter Wälti kann sich noch gut erinnern, wie er in den fünfziger Jahren seinen Vater am Arbeitsplatz besucht hat: Die riesigen Fabrikhallen von Sulzer in Winterthur haben ihm unglaublich imponiert. Sein Vater hat dort Turbinen gebaut, die in die ganze Welt exportiert worden sind. Die Familie Wälti baute so ihren Wohlstand auf, und Hanspeter Wälti war der erste der Familie, der studieren konnte: Geschichte und Pädagogik an der Universität Zürich. Sein Arbeitsalltag hat sich später wie bei vielen anderen von dem seines Vaters unterschieden: Er wurde Gymnasiallehrer. Und besonders gegen Ende der 1990er-Jahre war er froh, dass er trotz aller Faszination nicht den Beruf seines Vaters erlernt hatte. Sulzer musste wie viele andere Industriebetriebe in der Schweiz ihre Produktionsstätte schliessen. Aber auch Hanspeters Frau Brigitte war nicht mehr ausschliesslich Hausfrau wie noch seine Mutter: Sie arbeitete als Krankenschwester. Brigittes und Hanspeters Kinder wiederum arbeiten auch nicht mehr als Handwerker oder in der Fabrik, sondern sitzen vor allem an Schreibtischen. Was zur Folge hat, dass heute handwerkliche Berufe wieder gefragt sind und in vielen Branchen Fachkräfte fehlen. Was die Arbeitswelt von morgen braucht, ist in der Gegenwart nicht immer abzusehen, und welche Berufe seine Urenkel ausüben, wäre Hanspeters Vater nicht mal im Traum eingefallen. Und so ist Hanspeter sehr froh, dass seine Enkel eine gute Ausbildung erhalten und die Möglichkeit, ihren Horizont auch im Ausland zu erweitern. Denn so wenig wie sein Vater ahnen konnte, was die Erfindung von Tim Berners-Lee für die Arbeitswelt der Zukunft bedeuten würde, genauso wenig können die Enkelkinder von Hanspeter Wälti wissen, welche Fertigkeiten sie dereinst gebrauchen werden.

Der Staat wie auch die Wirtschaft können ihren Beitrag dazu leisten, dass sich Arbeitnehmende in unserem Land weiterbilden können und der Schweiz ihr lange aufgebautes Wissen als Fachkräfte zur Verfügung stellen: Mit flexiblen Weiterbildungsmodellen wie zum Beispiel dem Modell F, das hilft, das inländische Potential an Fachkräften gezielt zu fördern. Oder mit der Schaffung von Tagesstrukturen, die sicherstellen, dass Eltern auch nach der Geburt der Kinder ihren Berufen nachkommen, finanziell unabhängig sein und so auch der Wirtschaft zur Verfügung stehen können. Auch die Wirtschaft steht hier in der Verantwortung. Und dafür ist Rechtssicherheit ebenso wichtig wie demokratische Stabilität.

Weil wir Verstärkung brauchen

Innovation ist die Quelle unseres Wohlstands. Um Innovation voranzubringen, brauchen wir auch Arbeitskräfte mit ganz spezifischen Profilen. Weil unsere Wirtschaft in der komfortablen Lage ist, zahlreiche Arbeitsplätze anzubieten, die mit in der Schweiz verfügbaren Arbeitskräften nicht besetzt werden können, brauchen wir Verstärkung auch aus anderen Ländern. Die meisten kommen aus Europa. Das Personenfreizügigkeitsabkommen hilft, offene Stellen ohne Bürokratie für Gemeinden und Unternehmen zu besetzen. Die bestehenden flankierenden Massnahmen schützen vor Lohndumping und Missbräuchen auf dem Arbeitsmarkt.

Gesuchte Spezialisten aus dem In- und Ausland

Ein innovativer Arbeitsplatz braucht Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Wir finden und fördern Talente und Fachkräfte im Inland. Trotzdem schaffen wir es nicht ohne Verstärkung aus dem Ausland: Weil es in bestimmten Berufszweigen zu wenige Arbeitskräfte bei uns gibt.

Dank unserer Innovationskraft läuft die Wirtschaft gut, und es können Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Und zwar mehr, als wir mit Arbeitskräften aus dem Inland besetzen können. Weshalb ist das so? Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Manchmal sind mehr Stellen offen, als für die Stellen ausgebildete Personen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Manchmal sind auch ganz spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten gefragt. So braucht z.B. die international tätige Schweizer Versicherungsbranche für Produkte, die sie in anderen Ländern anbietet, Arbeitnehmende aus den jeweiligen Ländern, weil diese sich mit dem dortigen Versicherungssystem und anderen länderspezifischen Gepflogenheiten auskennen. Obwohl die Schweiz ein qualitativ sehr hochstehendes Bildungssystem hat, besteht in verschiedenen Branchen ein Mangel an Spezialisten. Das hat mit dem rasanten Wandel unserer Arbeitswelt zu tun.

Unsere Eltern- und Gross- oder Urgrosseltern haben in Winterthur noch bei Sulzer Lokomotiven gebaut, in Baden bei der BBC Turbinen zusammengeschaubt, bei den Neuenburger Uhrenmanufakturen und kleinen Handwerksbetrieben Feinarbeit geleistet oder in der Landwirtschaft gearbeitet. Vor erst wenigen Jahrzehnten war noch ein Grossteil der Beschäftigten in der Schweiz in der industriellen Produktion, im Gewerbe, der Landwirtschaft oder als Handwerker tätig.

Digitalisierung ist Gegenwart und Zukunft

Heute sind gerade noch gut 20 Prozent aller Arbeitnehmenden in den Bereichen beschäftigt, in denen unsere Vorfahren ihr Einkommen verdienten. Die rohstoffarme Schweiz ist längst ein Land für Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, und dafür braucht sie überproportional viele Wissenschaftlerinnen und Forscher, Bank- und Versicherungsspezialisten, Hoteliers, Anwältinnen, Ärzte und andere Spezialistinnen und Spezialisten – vor allem häufig mehr, als im Inland auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Fachkräfte und hochqualifiziertes Personal fehlen besonders im Gesundheits- und Ingenieurwesen, in der Hotellerie, der Informatik, der Biotechnologie und der Pharmazie. Es mangelt uns an Lehrkräften für die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften. Auch in der Pflege brauchen wir immer mehr Personal. Letzteres hat mit unserer stetig wachsenden Lebenserwartung und den Veränderungen in der Gesellschaft zu tun: Wir werden immer älter und

Gut 3 Prozent

Die Arbeitslosenquote in der Schweiz ist seit mehr als 25 Jahren relativ stabil und geht kaum über die Sockelarbeitslosigkeit hinaus, also jene Quote der Arbeitslosigkeit, die auch bei guter Konjunktur bestehen bleibt. Mit gut 3 Prozent liegen wir unter dem Wert unserer europäischen Nachbarn.

immer mehr Menschen sind dann auf Hilfe von Dritten angewiesen. Für alle diese Tätigkeiten, die uns zugutekommen, stützen und weiterbringen, brauchen wir auch Arbeitnehmende aus anderen Ländern, weil sie die Lücken im Inland decken.

FACT BOX

Vielfältige Pharmaindustrie

Die Schweizer Pharmaindustrie beschäftigt heute über 40000 Mitarbeitende aus über 100 Nationen. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten stammt aus den europäischen Nachbarländern – insbesondere aus Deutschland (27 Prozent) und Frankreich (15 Prozent). Von den 25000 Mitarbeitenden der Basler Pharmaunternehmen stammt rund ein Drittel aus der Schweiz, ein Drittel sind Grenzgänger und ein Drittel kommt aus dem Ausland.



Sorgen ernst nehmen, Standards schützen

Mit der Zuwanderung verbinden wir auch Sorgen. Oft gerät aus dem Blick, dass wir über Instrumente und Kontrollen verfügen, um die Zuwanderung nach unseren Bedürfnissen zu gestalten. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes zeigt: Er ist stark und stabil.

In den letzten 25 Jahren wurden 800000 neue Stellen geschaffen, die Arbeitslosenzahlen sind tief wie in kaum einem anderen Land, und Bund und Wirtschaft investieren viel in das inländische Arbeitskräftepotenzial. Um den Bedürfnissen auf dem Arbeitsmarkt nur schon heute gerecht werden zu können, kommt die Schweiz nicht um die Zuwanderung herum.

Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU erleichtert der Schweiz heute die Suche nach Fachkräften und Spezialisten. Besonders seit Inkrafttreten des Abkommens kommen auch Zuwanderinnen und Zuwanderer mit einem anderen Profil als in den Jahrzehnten zuvor: Die Mehrzahl kommt aus Nord- und Westeuropa, ist gut gebildet und hat häufig einen Hochschulabschluss. Es kommen vor allem Arbeitskräfte, die wir in unserem dienstleistungs- und innovationsorientierten Arbeitsmarkt brauchen. Sie wandern in den Arbeitsmarkt ein, leisten einen guten Beitrag an unsere Sozialwerke und sind schnell integriert. Als Einwanderungsland unterscheidet sich die Schweiz dadurch von anderen europäischen Ländern, in denen die Einwanderung von Gering- oder Nichtqualifizierten dominiert wird.

Knapp 20 Prozent

der ausländischen Erwerbstätigen sind im Gesundheitswesen, in Lehrberufen sowie der Wissenschaft tätig. 16 Prozent arbeiten im Gastgewerbe und gut 15 Prozent im Management, bei Banken oder als Juristen.

FIGURE BOX

Unsere Nachbarn kommen

- Jeder dritte Erwerbstätige kommt heute aus dem Ausland.
- 70% der heute in der Schweiz lebenden Menschen mit ausländischem Pass stammen aus Europa.
- 40% der Zuwanderer stammen aus den unmittelbar angrenzenden Ländern: Ende 2015 kamen je gut 15% aus Italien und Deutschland und 6% aus Frankreich. Weitere rund 13% kommen aus Portugal.



Mit der Zuwanderung gehen aber auch Sorgen einher, vor denen wir unsere Augen nicht verschliessen dürfen: Wir haben Angst, dass es in der Schweiz zu eng wird und dass wir uns gegenseitig fremd werden. Wir fürchten, dass unsere Löhne sinken. Haben Sorge, ob es auch für unsere Kinder noch genügend Arbeit geben wird oder fragen uns, ob die Zuwanderung nicht doch unsere Sozialsysteme belastet. Doch wir sollten den Tatsachen ins Auge schauen: Auch in Zukunft werden wir Zuwanderung brauchen. Nur schon, weil in den nächsten 15 Jahren 450 000 Menschen mehr pensioniert werden, als es Einsteiger in den Arbeitsmarkt gibt. Mit einer Beschäftigungsrate von 70 Prozent sind dies über 300 000 Arbeitsplätze. Viele Länder, aus denen Arbeitskräfte zu uns kommen – wie Deutschland oder Frankreich – werden in den kommenden Jahren dasselbe demografische Problem haben und nicht nur selbst auf ihre Leute angewiesen sein, sondern ebenfalls zusätzlichen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt haben.

Möglichen Risiken durch die Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes nach Europa mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen begegnete die Politik schon bei der Einführung der Personenfreizügigkeit: Übergangsfristen und Kontingentierung haben den Arbeitsmarkt – anders als in Grossbritannien – schrittweise und massvoll geöffnet. Die «flankierenden Massnahmen» schützen Erwerbstätige in der Schweiz vor einer missbräuchlichen Unterschreitung der hier geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Umgesetzt werden die Schutzmassnahmen gegen Missbrauch und Lohndumping von den tripartiten Kommissionen in den Kantonen.

Selbstverständlich fördert die Schweiz auch ihre Talente. Die Unternehmen, besonders auch die vielen Schweizer KMU, leisten einen grossen Beitrag dazu. Und mit der Fachkräfteinitiative des Bundes soll das inländische Potenzial noch besser gefördert werden. Das «Match-Prof»-Programm koordiniert beispielsweise das Angebot und die Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt effizienter, und die Studienplatzzahl in der Humanmedizin wurde erhöht, um mehr Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz auszubilden. Auch wurde das Angebot an Krippenplätzen seit 2003 fast verdoppelt, damit sich Beruf und Familie besser vereinen lassen.

Etwa 300 000 Arbeitskräfte

werden in den kommenden 15 Jahren auf dem Arbeitsmarkt fehlen, weil mehr Menschen pensioniert werden und immer weniger Junge in den Arbeitsmarkt einsteigen. Der Mangel wird sich insbesondere in den Ingenieurs- und Managementberufen, im technischen Bereich, im Rechtswesen und im Gesundheitsbereich verschärfen.

HISTORY BOX



Einwanderung hat in der Schweiz Tradition

Einwanderung ist für die Schweiz nichts Neues. Die Stadt Zürich hatte beispielsweise schon vor 100 Jahren einen Ausländeranteil von 30 Prozent. Die Einwanderung ging während der beiden Weltkriege aber stark zurück und versiegte fast vollständig. Erst nach dem 2. Weltkrieg stieg der Bedarf nach Arbeitskräften infolge des Wirtschaftsaufschwungs stark an. Ihren Höhepunkt erreichte die Einwanderung zwischen 1950 und 1970, als viele Gastarbeiter und Saisoniers in die Schweiz kamen. In den 1970er- und 1980er-Jahren waren es italienische und portugiesische Bauarbeiter oder Handwerker aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die bei uns Häuser renovierten, Strassen und Brücken bauten oder im Gastgewerbe tätig waren. In den 1990ern stiegen die Asylgesuche aufgrund der kriegerischen Konflikte im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, die Arbeitszuwanderung flaute jedoch stark ab: Die Schweizer Wirtschaft stagnierte nach dem EWR-Nein, es wurden weniger zusätzliche Arbeitskräfte benötigt. Erst nach dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge zog die Wirtschaft – und mit ihr die Anzahl zu besetzender Stellen – wieder an.

Ja, die Schweiz hat einen der höchsten Ausländeranteile Europas. Anders jedoch als klassische Einwanderungsländer wie Australien oder Kanada hat die Schweiz neben einer starken Einwanderung auch eine hohe Aus- bzw. Rückwanderung. Viele Menschen kommen für eine gewisse Zeit und verlassen das Land dann wieder.



Wie in vielen Schweizer Familien gehören auch bei den Wältis Familienmitglieder dazu, die nicht in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind: Wältis Schwiegersohn Juan stammt aus Madrid, der Schwager Gianni kam in den 1960er-Jahren aus Italien und Schwägerin Vesna ist in Bosnien geboren. Doch nicht für alle galten dieselben Einreisebedingungen: Gianni kam damals als Saisonier – d.h., er durfte jeweils für neun Monate in der Schweiz leben und arbeiten, danach musste er wieder ausreisen. Anfang der 1970er-Jahre lernte er Erika kennen, sie heirateten, und er erhielt eine Niederlassungsbewilligung. Vielen seiner Arbeitskollegen erging es anders: Sein Freund Paolo bspw. war verheiratet, durfte seine Familie aber nicht mit in die Schweiz nehmen. Seine Ehe hat diese Belastung nicht überdauert. Gianni jedoch konnte durch seine Heirat in der Schweiz bleiben und erhielt eine feste Stelle bei dem Bauunternehmen, das ihn als Saisonier angestellt hatte. In den folgenden Jahren stieg er auf und wurde schliesslich Teilhaber der Firma.

1 von 100

Menschen, denen man auf der Strasse begegnet, ist neu zugewandert.

FIGURE BOX



- Seit 2010 beträgt die jährliche Nettozuwanderung in die Schweiz zwischen 65 000 und 87 000 Menschen. Damit ist trotz der Zuwanderung von Fachkräften nur rund eine von hundert Personen, denen wir auf der Strasse begegnen, neu zugewandert.
- Über die Hälfte derjenigen, die heute aus dem Ausland in die Schweiz kommen, bringen einen Universitätsabschluss mit. Rund ein Viertel der Zugewanderten hat eine Sekundarbildung.
- Die Arbeitslosenquote in der Schweiz liegt bereits seit mehr als 15 Jahren konstant zwischen 3% und rund 3.5%. Damit liegen wir weit unter unseren europäischen Nachbarn wie zum Beispiel Deutschland und Österreich mit knapp 6%, Frankreich mit knapp 10% und Italien mit gut 12%.
- Zwischen 2002 und 2014 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in der Schweiz um insgesamt 707 000 zu und lag Ende 2014 bei rund 5 Millionen. 2014 waren in der Schweiz rund 60% der Bevölkerung erwerbstätig, in Deutschland waren es im selben Jahr nur etwa 50%.
- In den ersten neun Jahren nach Einführung der Personenfreizügigkeit wurden rund 286 000 neue Vollzeitstellen geschaffen.
- Im schwierigen ersten Halbjahr 2016 hat die Schweiz an Wirtschaftskraft verloren, sodass auch weniger Personen in die Schweiz eingewandert sind. Der Wanderungssaldo (Differenz zwischen Ein- und Auswanderung) lag bei rund 29 000 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Abnahme von 17%.

Es kommen unterschiedliche Menschen

Mit dem Personenfreizügigkeitskommen kommen Europäer in die Schweiz. Sie kommen, um zu arbeiten und bringen ihre Familie mit. Menschen aus anderen Ländern unterliegen anderen, strengen Regeln, um in der Schweiz arbeiten und leben zu dürfen.

Die grosse Mehrheit der Zuwanderer kommt in die Schweiz, um zu arbeiten und hat längst einen Arbeitsvertrag in der Tasche, bevor die Landesgrenze überschritten wird. Nicht für alle gelten dabei dieselben Regeln. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn pauschal über «Ausländer» und von Zuwanderung gesprochen wird.

Die meisten so genannten Arbeitsmigranten in der Schweiz stammen aus den Ländern der Europäischen Union. Für sie gilt das Personenfreizügigkeitsabkommen. Für manche zu besetzende Stelle finden die Unternehmen aber nicht nur keine Person mit dem passenden Profil in der Schweiz, sondern auch nicht in der EU. Dann müssen die Unternehmen ihren Suchradius auf sogenannte Drittstaaten ausweiten. Hier gelten restriktive Vorgaben. Die Zahl der Arbeitsbewilligungen für Drittstaaten-Angehörige ist begrenzt, es bestehen Kontingente, d.h., es sind Höchstzahlen festgelegt, wie viele Menschen aus Nicht-EU-Ländern maximal pro Jahr in die Schweiz kommen dürfen. Ausserdem muss ein Arbeitgeber nachweisen, dass er die Stelle nicht anders besetzen konnte. Flüchtlinge wiederum sind keine Arbeitsmigranten und fallen unter das Asylrecht.

Wir wollen die Mobilität mit Europa. Die bilateralen Verträge gewähren uns eine unkomplizierte Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Aber auch diese ist an Bedingungen geknüpft: Europäische Bürgerinnen und Bürger dürfen nur in die Schweiz einwandern, wenn sie einen gültigen Arbeitsvertrag haben, eine selbstständige Tätigkeit ausüben oder über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um ihren Lebensunterhalt hier zu finanzieren. Ebenso müssen sie krankenversichert sein bzw. eine Krankenversicherung in der Schweiz neu abschliessen.



Für Wältis Schwiegersohn Juan galten andere Bedingungen als noch für Schwager Gianni: Er ist ausgebildeter Ingenieur und konnte sich dank der bilateralen Verträge in der Schweiz niederlassen. Doch auch er konnte nicht einfach hier bleiben: Die Aufenthaltsbewilligung bekam er nur, weil er nachweisen konnte, dass er eine Arbeit hat, krankenversichert ist und damit selbst für sich sorgen kann. Seine Schweizer Arbeitsgeberin ist froh, dass sie Juan gefunden hat: Sie war angewiesen auf einen Maschineningenieur, der nicht nur Spanisch spricht, sondern sich auch in Spanien gut auskennt, denn sie haben Verträge mit einer dortigen Firma. Und sie muss nicht einmal in die Ausbildung ihres neuen Mitarbeiters investieren – seine Qualifikationen bringt er aus Spanien mit.

Das Personenfreizügigkeitsabkommen gilt in beide Richtungen. Wir können zu denselben Konditionen wie die Bürgerinnen und Bürger aus Ländern der Europäischen Union in allen 28 Ländern lernen, arbeiten und leben – wenn wir wollen. Die Schweiz ist nicht nur ein Einwanderungs-, sondern auch ein Auswanderungsland. Jede zehnte Person mit Schweizer Pass lebt im Ausland – die sogenannte «fünfte Schweiz» ist inzwischen unser drittgrösster Kanton.



Auch bei den Wältis gibt es eine Auslandschweizerin: Dana, die Tochter von Peter und Vesna, wohnt schon länger in Deutschland. Sie ist Professorin und froh, dass ihre Universität sie unkompliziert anstellen konnte – dies hat ihr Anstellungsverfahren deutlich beschleunigt, und sie hat die Stelle erhalten, die für ihre wissenschaftliche Laufbahn von grosser Wichtigkeit ist.

Grundfreiheiten sind nicht einfach so verhandelbar

Die Personenfreizügigkeit zählt zu den vier Grundfreiheiten der Europäischen Union. Sie ist nicht ohne Weiteres von den anderen drei Grundfreiheiten – dem freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Kapital – zu trennen. Der Zugang zum grossen europäischen Binnenmarkt ist unter anderem an sie geknüpft. Somit ist die Personenfreizügigkeit für die EU etwa das, was die direkte Demokratie für die Schweiz ist: Ein Grundsatz, der sich nicht so einfach verhandeln lässt. Die Masseneinwanderungsinitiative hat das Personenfreizügigkeitsabkommen unmittelbar gefährdet. Denn eine radikale Umsetzung mit Inländervorrang und Kontingenten wäre nicht vereinbar mit dem Abkommen. Die eidgenössischen Räte haben die Initiative im Dezember 2016 aber pragmatisch umgesetzt, sodass die Personenfreizügigkeit nicht gefährdet wird.

Menschen aus 86 Nationen

arbeiten im Inselspital in Bern. Sie pflegen, forschen, putzen, operieren, kochen und leisten vieles mehr. Ohne diese helfenden Hände könnte die Versorgung im Inselspital nicht aufrechterhalten werden.

Wegen der Guillotine-Klausel, welche die sieben bilateralen Abkommen miteinander verknüpft, hätte eine Gefährdung des Abkommens weitreichende Folgen für sämtliche bilateralen Beziehungen mit den Ländern der Europäischen Union. Allerdings hatten die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Februar 2014 auch nicht über eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens abgestimmt. Eine Umsetzung der Verfassungsbestimmung, die mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen im Einklang steht, ist also nicht nur im Interesse der Schweiz, sondern demokratiepolitisch auch legitim. Die von den eidgenössischen Räten beschlossene Umsetzung wird die Zuwanderung bremsen, aber die bilateralen Verträge nicht gefährden.

Wir brauchen die Personenfreizügigkeit, wollen wir unsere Beziehungen zu Europa nicht aufs Spiel setzen. Und wir brauchen das Abkommen, weil wir die Verstärkung der Arbeitskräfte aus den europäischen Ländern wollen und brauchen. Für alle anderen Menschen, die zu uns kommen, gelten andere, strenge Regeln. Lösen wir einen Knoten im Netz, das unsere Gesellschaft in allen Bereichen mit den anderen europäischen Ländern verbindet, riskieren wir, dass das Netz auseinanderfällt.

FACT BOX

Multinationaler Gotthard

Am Bau des ersten Gotthard-Tunnels vor 130 Jahren waren 5000 bis 6000 Arbeiter beteiligt. Viele von ihnen kamen aus Norditalien – aus der Po-Ebene, aus Udine und dem Piemont –, weil wir in der Schweiz nicht genügend Arbeiter hatten, um den Tunnel alleine zu bauen. Auch am Bau des gerade eingeweihten Gotthard-Basistunnels waren rund 2500 Spezialisten und Facharbeiter aus 15 verschiedenen Nationen beteiligt. Die Bergleute, Elektriker und Ingenieure kamen vor allem aus Italien (22 Prozent), Österreich (20 Prozent), Deutschland (20 Prozent) und Portugal (8 Prozent). Wir Schweizer waren mit 15 Prozent beteiligt.



Wir nehmen Flüchtlinge auf

Unser Land hat eine humanitäre Tradition. Nach dem 2. Weltkrieg nahmen Schweizer Familien Kriegskinder auf, kurz nach dem Einmarsch der Sowjets 1956 flüchteten 200000 Ungarn in die Schweiz, und inzwischen ist auch die zweitgrösste Ex-Tamilen-Gemeinde gut integriert. Mit Personenfreizügigkeit hat die Ankunft all dieser Menschen in der Schweiz aber nichts zu tun.

In der humanitären Tradition der Schweiz gehen wir unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen nach und nehmen jährlich eine bestimmte Anzahl Menschen auf, die an Leib und Leben gefährdet sind und die bei uns Schutz suchen. Mit dem neuen Asylverfahren haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass Menschen, die kein Anrecht auf eine Bleibe in der Schweiz haben, sich nicht unnötig lange in unserem Land aufhalten. Asyl erhalten ausschliesslich diejenigen, die gefährdet sind und unseren Schutz brauchen.

1000

Plätze für Vorlehren für Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Menschen sollen mit dem Pilotprogramm «Flüchtlingslehre» des Bundes geschaffen werden.



So erging es auch Vesna, die während des Bosnienkrieges mit ihrer Tochter Dana in die Schweiz kam. Da ihr Herkunftsland nicht sicher war und ihnen Gefahr an Leib und Leben drohte, wurden sie in der Schweiz aufgenommen. Wie viele andere Bosnierinnen und Bosnier sind die beiden mittlerweile gut integriert: Vesna hat einen Schweizer – Brigittes Bruder Peter – geheiratet, der auch ihre Tochter adoptiert hat. Und Dana hat inzwischen studiert und arbeitet in Deutschland.

Gerade aufgrund ihrer Einbindung in das Völkerrecht kann und will die Schweiz im Flüchtlingswesen nicht alleine stehen. Die in den europäischen Ländern Zuflucht suchenden Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten sind und werden eine grosse Herausforderung bleiben – eine, die in einem globalen Zusammenhang gesehen werden muss und die wir nur in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern angehen können. Aber eines sollte, wenn wir über Flüchtlinge in der Schweiz sprechen, nicht vergessen gehen: Sie haben mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen, das nur für die Länder der Europäischen Union gilt, nichts zu tun.

Für die Sicherheit in unserem Land ist die sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration der hier aufgenommenen Flüchtlinge besonders wichtig. Dafür braucht es Zusammenarbeit und Bemühungen auf allen Ebenen. Die Wirtschaft leistet hier ihren Beitrag, indem sie Arbeitsplätze, auch für Niedrigqualifizierte und Menschen, die noch keine unserer Landessprachen sprechen, schafft.

Notizen



Weil wir unkomplizierten Handel brauchen

Die kleine Schweiz ist eine grosse Exportnation. Mit Erfolg liefern wir unsere innovativen und qualitativ hochwertigen Waren in fast alle Länder der Welt. Aber mehr als die Hälfte verkaufen wir nach Europa. Unsere Unternehmen exportieren einen grossen Teil ihrer Produkte, die Gewinne wiederum investieren sie zu einem grossen Teil in der Schweiz – sie bauen ihre Standorte aus, treiben die Innovation voran und schaffen Arbeitsplätze für viele. Damit das so bleibt, brauchen die Unternehmen möglichst unkomplizierte und barrierefreie Grundlagen für ihre Handelsbeziehungen.

Natürliche Verflechtung mit Europa

Die Schweiz tauscht seit jeher Waren mit ihren europäischen Nachbarn. Aus dem erfolgreichen Handel sind gute Beziehungen und starke Branchen gewachsen. Das schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit.

Der Weg über den Gotthard war beschwerlich. Einst trugen Esel und Pferde die Waren der Kaufleute über die holprigen Wege, im Winter erlag der Handel ganz. Trotzdem nahmen unsere Vorfahren die Beschwerlichkeiten in Kauf. Die Handelsbeziehungen waren lukrativ und brachten Fortschritt. Die Schweiz hatte nie Bodenschätze. Unsere Stärken waren immer Ideen und Waren von besonderer Qualität. Heute ist der Gotthard hochtechnologisch durchbohrt und die Strecke erstklassig ausgebaut. Eine Pionierleistung, auf die wir stolz sind und für die wir bewundert werden. Mut, Leistung und Innovationskraft waren nötig, um den Weg durch den Berg im 21. Jahrhundert freizumachen. Innovationskraft, die in unzähligen bekannten und weniger bekannten Produkten und Waren unserer Wirtschaft steckt, die weltweit gefragt sind.

Ohne verlässliche und offene Handelsbeziehungen nützen Ideen und Leistung wenig. Den Grundstein dafür haben wir früh gelegt. Heute gehört die Schweiz zu den Exportweltmeistern auf dem Globus. Ob Schweizer «Global Player» wie Nestlé, Novartis oder ABB oder die unzähligen starken Schweizer KMU – sie alle exportieren von der Schweiz im Herzen Europas in die Welt und stützen sich dafür auf das offene Handelsnetzwerk der Schweiz.

FIGURE BOX



Exportnation Schweiz

- Schweizer Unternehmen, die meisten von ihnen KMU, verkauften im Jahr 2015 Waren im Wert von 115 Mrd. Franken nach Europa. Das sind gut 57% des gesamten Exportvolumens.
- Jeden zweiten Exportfranken verdienen wir in Europa.
- Unter den 30 wichtigsten Exportländern befinden sich 14 europäische Länder. Seit 1990 sind Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien konstant unter den Top 5 zu finden – zusammen mit den USA.
- Im Jahr 2015 exportierten wir Waren im Wert von mehr als 36 Mrd. Franken nach Deutschland.
- Mit Deutschland verdienen wir fast 10 Mrd. Franken mehr als mit den USA. Alleine der Handel mit Baden-Württemberg ist etwa gleich gross wie jener mit den USA.
- Die Schweiz exportiert viel mehr, als sie importiert. Unsere Aussenhandelsbilanz wies 2014 einen Überschuss von knapp 30 Mrd. Franken auf. Das entspricht knapp der Hälfte des Bundesbudgets (66.25 Mrd. Franken) im selben Jahr.

57 Prozent

unserer Exporte gehen nach Europa.

Global exportieren, lokal investieren: Zwei starke Schweizer Industriebranchen

Heute gehen mehr als die Hälfte unserer Exporte nach Europa. Der Handel mit unseren europäischen Nachbarn ist doppelt so gross wie mit Asien und Amerika zusammen. Allein die Exporte in das deutsche Bundesland Baden-Württemberg sind gleich gross wie jene in die USA. In die italienische Lombardei liefern wir gleich viele Waren wie nach China. Zwei starke Branchen, die auf offene Handelsbeziehungen angewiesen sind, sind die Pharmaindustrie und die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Unternehmen).

FIGURE BOX

Importe

- Im Jahr 2015 wurden mehr als 74% der importierten Waren von Lieferanten aus europäischen Ländern in die Schweiz geliefert.
- 28% der importierten Waren stammten aus Deutschland.
- Insgesamt hat die Schweiz Waren im Wert von 123 Mrd. Franken von Lieferanten aus anderen europäischen Ländern eingekauft.
- Importiert werden vor allem Konsum- und Investitionsgüter wie Autos, Juwelierwaren, Bekleidung und Nahrungsmittel, aber auch Maschinen für die Fabrikation.



Pharmazeutische Produkte aus der Schweiz sind im Ausland gefragt. Sie machen fast 35 Prozent aller Schweizer Exporte aus. Im Jahr 2015 exportierte die Pharmabranche Produkte im Wert von 70.3 Mrd. Franken und generierte einen Handelsüberschuss von 42.5 Mrd. Franken. Ungeschlagen bleibt Europa der wichtigste Absatzmarkt für Spitzenmedikamente aus der Schweiz: Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Produkte exportieren die Pharmaunternehmen in unsere europäischen Nachbarländer.

Mit ihrem international vernetzten Schaffen trägt die Pharmabranche dazu bei, den Werkplatz Schweiz und die Schweizer Volkswirtschaft zu stärken. Die direkte Wertschöpfung der Pharmaunternehmen beträgt 25 Mrd. Franken. Zählt man die Wertschöpfung der Zulieferindustrie dazu, entstehen weitere fast 20 Mrd. Franken.

Der Standort Schweiz ist für die Pharmaunternehmen in zweierlei Hinsicht wichtig: als Produktions- und als Forschungsstandort. Fast 7 Mrd. Franken investieren die Unternehmen jährlich in Forschung und Entwicklung. Die Pharmabranche ist eine wichtige Arbeitgeberin in der Schweiz. Sie beschäftigt Forscherinnen, Informatikerinnen, Laboranten, Patentspezialisten, Ökonominen, Mediziner, Pharmazeutinnen und viele andere Berufsleute mehr. Seit 2000 haben die Pharmaunternehmen jedes Jahr über 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aktuell sind knapp 42000 Arbeitnehmende direkt in den pharmazeutischen Unternehmen beschäftigt. In der Schweiz kommen weitere 182000 indirekte Arbeitsplätze bei Zulieferfirmen dazu.

2 Mal mehr

Waren liefern wir nach Europa als nach Asien und Amerika zusammen.

Die MEM-Industrie besteht zu 98 Prozent aus KMU. Diese leisten 35 Prozent der industriellen Wertschöpfung in der Schweiz und sind mit über 300 000 Vollzeitstellen wichtige Arbeitgeber in vielen Teilen der Schweiz. Ausserdem investieren die MEM-Unternehmen einiges in die Ausbildung: Jährlich schliessen die MEM-Betriebe rund 20 000 Lehrverträge ab. Ihren Umsatz macht die Branche zu 80 Prozent mit Exporten. Mit einem Anteil von rund 60 Prozent ist Europa mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt.

Gewinnbringender Abbau von Handelsbarrieren

Jedes Land hat eigene Ansprüche an importierte Waren. Mit dem bilateralen Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse wurden Produkthanforderungen auf europäischer Ebene harmonisiert. Das reduziert Kosten und unnötige Bürokratie und vereinfacht den Warenaustausch innerhalb Europas enorm.

Wie wichtig einfache und unkomplizierte Wege sind, wussten schon unsere Vorfahren. So wie sie einst den direktesten Weg nach Süden gebaut haben, stellen wir heute sicher, dass unsere Waren auf dem schnellsten Weg nach Europa gelangen. Das bilaterale Abkommen über den Abbau von technischen Handelshemmnissen ist ein wichtiger Handelsbeschleuniger mit den Ländern der Europäischen Union.



Die Wältis laden regelmässig zum Grillieren ein. Mit dabei war diesmal ihre Enkelin Anna, die eine KV-Lehre bei Roche absolviert. Beim Abschiedsapéro eines Kollegen, der in Pension ging, hat sie mitbekommen, wie aufwändig früher eine Medikamentenlieferung nach Europa war. Sie wusste aber nicht warum und fragte in die Runde: «Warum war denn das früher so kompliziert?» Ihre Tante Sandra kann es ihr erklären. Sie erinnert sich gut an die Zeit, als sie in der Zollverwaltung ihre Lehre gemacht hat: «Die Pharmaindustrie musste die Medikamente, die sie ins europäische Ausland verkaufen wollte, nicht wie heute nur in der Schweiz ausgiebig prüfen lassen, sondern in jedem einzelnen Exportland. Ein riesiger und teurer Aufwand, der die Lieferung wichtiger Medikamente oft unnötig verzögerte.» «Was, ehrlich, so war das?», fragt Anna nach. «Ja», antwortete ihre Tante, «diese ganzen komplizierten Abläufe sind erst seit 2002 mit den Bilateralen einfacher geworden».

Mit dem Freihandelsabkommen von 1972 wurden Zollbeschränkungen zwar weitestgehend abgeschafft, nicht jedoch technische Handelshemmnisse. Zu den technischen Handelshemmnissen gehören zum Beispiel länderspezifisch unterschiedliche Produktvorschriften oder die Nichtanerkennung von Zertifizierungsverfahren und Konformitätsbewertungen in einzelnen Ländern. Das führt dazu, dass Unternehmen ein und dasselbe Produkt für jedes einzelne Land anpassen und zusätzlich länderspezifische Konformitätsprüfungen durchführen lassen müssen: Will beispielsweise Roche ein neues Medikament auf den Markt bringen, muss sie dieses zertifizieren lassen. Ohne das bilaterale Abkommen über den Abbau von technischen

150 bis 300 Mio. CHF

spart die exportorientierte Pharmaindustrie jährlich dank des bilateralen Abkommens über den Abbau technischer Handelshemmnisse.

Handelshemmnissen müsste Roche zusätzlich zur Prüfung in der Schweiz 28 einzelne Länderprüfungen für den Export in den EU-Raum durchführen. Ausserdem werden Inspektionen der Schweizer Produktionsstätten, die durch die Schweizer Arzneimittelbehörde Swissmedic zweijährlich durchgeführt werden, dank dem Abkommen über die technischen Handelshemmnissen von allen EU-Staaten anerkannt. Fiele das Abkommen weg, könnte jeder einzelne EU-Staat Inspektionen in den Schweizer Pharmafabriken vornehmen. Das würde zu Produktionsunterbrüchen und zusätzlichen Kosten führen.

Das Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse harmonisiert die Produktanforderungen mit den europäischen Partnerinnen und Partnern und garantiert die gegenseitige Anerkennung der nationalen Konformitätsbewertungen. Für die Unternehmen bedeutet das: weniger Bürokratie, weniger Kosten, schnelle Lieferungen und vor allem einen deutlich weitergehenden Marktzugang, als es nur mit dem Freihandelsabkommen von 1972 möglich wäre. Würde das bilaterale Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse wegfallen, entstünden Handelsbarrieren, die sich heute keiner mehr wünscht.

Zahlreiche Unternehmen, die Produkte in ihrem Sortiment haben, die zertifiziert werden müssen, profitieren vom Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse. Sie bringen ihre Produkte nicht nur schneller auf den Markt, sondern sparen auch Kosten in Milliardenhöhe, die in die Entwicklung neuer Produkte wirksamer investiert sind. Alleine die Pharmaindustrie spart jährlich zwischen 150 und 300 Millionen Franken Aufwand ein. Auch 60 Prozent der MEM-Unternehmen geben an, den Bürokratieabbau und die Kostenreduktion durch das Abkommen zu schätzen. Die Harmonisierung der Produktanforderungen und -kontrollen ist ein wichtiger Grund dafür, dass die exportorientierten Unternehmen ihrem Standort Schweiz treu bleiben können und ihre Investitionen im Inland tätigen. Würden die Handelsbarrieren wieder hochgezogen, besteht das Risiko, dass bei Standortentscheiden nicht die Schweiz, sondern ein Standort im Ausland den Zuschlag erhält. Davon betroffen wären auch Arbeitsplätze in der Schweiz. Das Abkommen öffnet unseren Markt aber auch für Anbieter aus dem Ausland. Die Konsumenten profitieren von einer grösseren Produktvielfalt und tieferen Preisen.

Mit der bilateralen Zusammenarbeit und den von uns ausgehandelten Verträgen haben wir also dasselbe erreicht wie mit dem Bau des Gotthardtunnels: Dass die Schweiz mit Europa optimal vernetzt bleibt.

Notizen



Weil uns Wissen und Forschung vorwärtsbringen

Die Schweiz ist ein Spitzenstandort in Sachen Forschung. Das haben wir unserem erstklassigen Bildungssystem, der politischen Stabilität, den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem Forschungsabkommen mit der Europäischen Union zu verdanken. Wissen wird durch Vernetzung und Austausch erweitert: An Schulen und in den Lehrbetrieben, an den ETHs und Universitäten. Als Land, dessen wichtigster Rohstoff die Bildung ist, dürfen wir unsere Leuchttürme des Wissens nicht in Gefahr bringen.

Wissen austauschen, Wissen erweitern

Bildung und Forschung sind für die Schweiz die wichtigsten Ressourcen, denn wir verfügen nur sehr beschränkt über andere natürliche Rohstoffe. Dank unseres Forschungsnetzwerks erweitern wir unser Wissen fortlaufend in weltweiten Kooperationen. Wie wir alle wissen, funktioniert Austausch besonders gut, wenn die Distanzen geographisch und kulturell klein sind. Das gilt auch für die Forschungszusammenarbeit. Deshalb sind Projekte und Kooperationen mit den europäischen Ländern ganz besonders wichtig für den innovativen Denk- und Werkplatz Schweiz.



Weihnachten bei den Wältis, die ganze Familie kommt zusammen. Wie immer, wenn alle beieinandersitzen, wird politisiert. Auch Hanspeters Mutter, nun schon über 90 Jahre alt, ist dabei. Schon als junge Frau hat sie für das Frauenstimmrecht gekämpft und war ihr Leben lang politisch aktiv. Doch nun lassen ihre Augen nach, und so ergreift sie die Gelegenheit, sich im Familienkreis mal wieder mündlich über die politischen Aktualitäten zu informieren. «Kann mir eigentlich mal jemand erklären, was die Schweizer Forschung und Europa gerade so machen? Ich habe gehört, da gibt es Probleme.» Brigittes Bruder Peter erklärt: «Die Schweizer Forschung war auf europäischer Ebene blockiert. Weil der Bundesrat nämlich das Kroatien-Protokoll nicht ratifizieren konnte. Und ohne Kroatien-Protokoll keine Beteiligung an den europäischen Forschungsprogrammen. Das hat sich nun aber geklärt, weil das Parlament im Dezember 2016 einer pragmatischen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt hat, die die bilateralen Verträge nicht gefährdet.» «Und was haben Kroatien und die Masseneinwanderung mit Forschung zu tun?», will Lena, Wältis Enkelin, wissen. «Der Bundesrat konnte gleich nach dem Parlamentsbeschluss das Kroatien-Protokoll ratifizieren. Das heisst, die Personenfreizügigkeit lässt sich nun schrittweise und kontrolliert auf Kroatien ausweiten. Und diese Unterzeichnung ist wiederum Voraussetzung dafür, dass die Schweiz ab 2017 wieder ein voll assoziiertes Mitglied am europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 ist. Und das ist für die Schweizer Universitäten sehr wichtig.» «Dann ist jetzt alles geregelt?», fragt Grossmutter Wälti. «Im Moment ja, doch es wurde nun bereits eine Volksinitiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit angekündigt», erklärt Peter weiter. «Falls diese Initiative zur Abstimmung kommt und angenommen wird, dann sind die gesamten bilateralen Verträge I mit dem Forschungs-, dem Landverkehrs- und Luftverkehrsabkommen sowie vieles mehr massiv gefährdet. Oder aber wohl eher Geschichte», seufzt er. Grossmutter Wälti schüttelt den Kopf: «Jesses Gott – hoffentlich bleibt die Schweiz vernünftig!»

Den 1. Platz

nimmt die Schweiz ein in einem weltweiten Innovationsranking, das die Innovationsfähigkeit von 141 Volkswirtschaften bewertet.

Die Schweiz hat es geschafft, zu einem der wichtigsten Forschungsstandorte der Welt zu werden. Und zwar weil sie hervorragende Rahmenbedingungen bietet: politische Stabilität, ein äusserst hochstehendes Bildungssystem und ideale Voraussetzungen, um die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Entwicklung zu fördern. Das ist ein wichtiger Faktor, wenn aus Forschung Praxis werden soll. Dass der Schweizer Forschungsplatz so stark wurde, liegt aber nicht nur an diesen stabilen Rahmenbedingungen. Dank des Forschungsabkommens mit den europäischen Ländern konnten Schweizer Forschende diese exzellente Ausgangslage mit weiteren Faktoren verbinden, die heute für erfolgreiche Forschung zentral sind: der Kooperation mit anderen Forschenden und Forschungsinstitutionen. Ermöglicht hat dies die Teilnahme der Schweiz an den europäischen Forschungsprogrammen. Alle vier Jahre werden diese Programme neu definiert und benannt. Das aktuelle Forschungsprogramm ist bekannt unter dem Namen «Horizon 2020». Die Teilnahme an den vergangenen Forschungsrahmenprogrammen hat uns ermöglicht, europaweit an Forschungsprojekten teilzunehmen, aber auch selbst Projekte auf europäischer Ebene anzustossen und vor allem auch zu leiten. Diese Kooperationen sind äusserst wichtig für den Forschungsstandort Schweiz: Wissen und Innovation wachsen massgeblich durch Vernetzung. Im Gespräch und im Dialog kommt man weiter auf gute Ideen. Gerade in einer globalisierten Gesellschaft ist es wichtig, andere Perspektiven zu kennen.

FIGURE BOX



Europäische Forschungszusammenarbeit – was wir verlieren können

- Die Zusammenarbeit hat Tradition: Seit 1988 beteiligen sich Forschende in der Schweiz an den EU-Forschungsrahmenprogrammen (FRP), entweder im Status der Schweiz als Drittstaat oder als assoziierte Partnerin.
- Von 1992 bis 2015 beteiligten sich Schweizer Forschende an über 9900 Projekten im Forschungsnetzwerk der EU.
- Während des 7. FRP (2007–2013) – des Vorgänger-Programms von Horizon 2020 – arbeiteten Schweizer Forscherinnen und Forscher an mehr als 4200 Projekten mit. Fast ein Viertel dieser Projekte leiteten sie selbst.
- Dank exzellenter Forschungsvorhaben flossen während des 7. FRP europäische Fördergelder in einer Höhe von fast 2.5 Milliarden Franken in unseren Forschungsstandort. Zieht man den zuvor geleisteten Beitrag der Schweiz an die EU ab, kommt man auf einen positiven Nettorückfluss von 219 Mio. Franken.
- Mehr als 20% der europäischen Forschungsgelder kommen auch der Forschung in grösseren und kleineren Unternehmen zugute.
- Fast ein Drittel der angestossenen Forschungsprojekte waren Kooperationen zwischen der Wirtschaft und klassischen Forschungseinrichtungen.
- Aus wirtschaftsnahen Forschungsprojekten wachsen neue Unternehmen: Der Bund geht davon aus, dass durch die Beteiligung am 6. FRP (2002–2007) fast 200 neue Firmen in der Schweiz gegründet wurden.

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat die Forschungszusammenarbeit massiv gefährdet: Der Schweiz wurde per sofort der Status als vollassoziertes Mitglied des FRP entzogen. Mit dem Status «Drittstaat» hatte sie nur noch mit Beschränkungen Zugang zu den europäischen Austauschprogrammen und Forschungsgeldern. Was das für den Forschungsstandort Schweiz bedeutet, zeigte sich schnell: In der Zwischenzeit wurde zwar mit der EU ein Abkommen ausgehandelt, wonach die Schweiz für circa ein Drittel des Rahmenprogramms den Status eines Vollmitglieds hat. Tatsache ist aber, dass die Zahl der europäischen Forschungsprojekte, an denen die Schweiz beteiligt ist, in den letzten beiden Jahren von 745 auf 300 stark gesunken ist. Projekte unter der Leitung Schweizer Forschender gibt es praktisch keine mehr. Dabei ist gerade das so wichtig: Der «Lead» ist die wichtigste Aufgabe in einem Forschungsprojekt und wird nur an besonders gute und fähige Forschungspartnerinnen und -partner vergeben, was wiederum verstärkte Reputation der Forschungsnation und weitere Kooperationen nach sich zieht. Dank der pragmatischen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist ab 2017 wieder eine Vollassoziierung der Schweiz an den europäischen FRP möglich.

Warum brauchen wir die europäischen Forschungsgelder, wenn wir den Schweizerischen Nationalfonds haben, der die schweizerische Forschung fördert? Wichtig ist eben nicht nur das Geld, sondern auch das Beziehungsnetzwerk für den Wissensaustausch. Forschung wird nicht mehr von einzelnen Personen betrieben: Erkenntnisse entstehen in Forschungsgruppen und -kooperationen. Gegenseitige Reflexion bringt das Wissen weiter. Der Blick von aussen ist genauso wichtig wie der Blick von innen und begleitet die Transformation in innovative Qualitätsprodukte. Der Zugang der Schweizer Forscherinnen und Forscher zu den Forschungsnetzwerken ist eine wesentliche Voraussetzung für ihre Exzellenz. Wird die Türe dazu verschlossen, besteht die Gefahr, dass die besten Köpfe den Weg zu uns nicht mehr finden, und unsere besten Köpfe nur ganz beschränkte Perspektiven in anderen europäischen Ländern haben.

FACT BOX

Über 330 Mio. Franken

hat die EPF Lausanne im 7. FRP (2007–2013) in 508 Projektteilnahmen an Geldern eingeholt. Im aktuellen Programm «Horizon 2020» waren es bis Ende 2015 etwas über 25 Mio. Franken bei 50 Projektteilnahmen. Gegenwärtig ist die EPFL an 407 aktiven EU-Projekten beteiligt. 306 dieser Projekte stammen noch aus dem 7. FRP, 101 Projekte gehören zum neuen Programm «Horizon 2020».



Damit Schweizer Forschende aufgrund der Annahme der MEI nicht von heute auf morgen vom europäischen Forschungsnetz ausgeschlossen wurden und auf ihrem hohen Niveau weiterarbeiten konnten, wurden sie vorübergehend vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützt. Gelder, die nicht ausgegeben hätten werden müssen, wenn die Schweiz weiterhin als Vollmitglied an den Forschungs- und Bildungsprogrammen hätte teilnehmen können.

7000

junge Schweizerinnen und Schweizer haben dank der europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme im Jahr 2013 Erfahrungen im Ausland gesammelt.

Wir wollen international lernen und studieren

Austauschprogramme ermöglichen es Lehrlingen und Studierenden, in Europa ihre Ausbildung und ihr Wissen zu erweitern – nicht nur in Paris, Berlin oder Madrid, sondern auch an einer Universität im finnischen Norden oder in einem kaufmännischen Unternehmen in Irland.



Nicht alle Mitglieder der Familie Wälti leben in der Schweiz: Besonders Dana, die Tochter von Peter und Vesna, hat viel Zeit im Ausland verbracht. Heute ist sie Professorin in Deutschland. Die Stelle hat sie aber nicht nur erhalten, weil sie eine exzellente Forscherin ist, sondern auch, weil sie in ihrem Lebenslauf viele Auslandsaufenthalte vorweisen kann: Als Studentin war sie mit dem Erasmus-Austauschprogramm in Cambridge. Sie hat auf vielen Parties getanzt, aber auch hervorragend Englisch gelernt, was sich später als sehr wichtig herausgestellt hat. Und sie hat sich alleine durch das englische Universitätssystem geschlagen, was ihr gezeigt hat, dass nicht unbedingt alles so sein muss wie in der Schweiz und auch andere Systeme funktionieren und erfolgreich sind. Nach dem Studium hat Dana ihre Dissertation geschrieben und sich dafür für ein Stipendium des Schweizerischen Nationalfonds beworben. Das Stipendium war an einen Auslandsaufenthalt geknüpft: In Yale fand sie wichtige Dokumente in den Archiven. Ohne die hätte sie ihre Arbeit nie fertigstellen können. Nach Abschluss der Dissertation war sie an verschiedenen Forschungsprojekten beteiligt. Immer war der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz unterschiedlichen Nationen zentral: Forschung kennt keine Grenzen, und wer gut sein will, darf nicht an der Schweizer Grenze stehen bleiben. Dana ist sich aber sicher, dass sie ihren Weg nicht ohne die erstklassige Ausbildung in der Schweiz gemacht hätte.

Seit 25 Jahren können unsere Kinder zusammen mit ihren europäischen Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden lernen, arbeiten, Sport treiben – mit Erasmus. Das Studierendenaustauschprogramm ist beliebt: Ein oder zwei Semester in einer europäischen Stadt verbringen, dort studieren und lernen, das ist Erasmus. Erasmus hat noch drei Brüder: Comenius, Leonardo und Grundtvig. Diese Austauschprogramme werden unter dem Stichwort Erasmus+ zusammengefasst: Nicht nur Studierende, auch Schülerinnen und Schüler sowie Lehrlinge können in ganz Europa Erfahrungen sammeln und sich weiterbilden. In unserem vernetzten Alltag ist es wertvoll, nicht nur die Schweiz zu kennen. Und das gelingt am besten, wenn man vor Ort Menschen trifft: andere Sitten und Gebräuche, andere Sprachen, einen Lehrbetrieb in einem anderen Land. Das erweitert den Horizont für unsere Zukunft. Und gerade den Jungen darf die Zukunft in einer vernetzten Welt nicht blockiert oder verstellt werden.

Auch von Erasmus+ sind wir nach der MEI-Entscheidung ausgeschlossen worden. Auch hier gewährt eine Übergangslösung den Schweizer Kindern und Jugendlichen, unseren Lehrenden und Studierenden bis Ende 2017 einen Teil der Möglichkeiten von Erasmus+. Und auch diese Übergangslösung wird mit Schweizer Steuergeldern finanziert.

Wir wollen international forschen

Gegenwärtig gibt es auf der Welt kein internationales Forschungsprogramm auf so hohem Level wie die europäischen Forschungsprogramme. Der Schweizerische Nationalfonds fördert die Superleague, Europa die Championsleague im Bereich der Forschung. Und in der Forschung ist es wie im Sport: Jedes Team will nur die Besten.

Genauso wichtig wie der Erfinder des Internets, Tim Berners-Lee, sind heute unzählige andere Forschende – Inländer und Ausländer – in der Schweiz. Sie sind an Innovationen beteiligt, die danach das Label «Swiss Made» tragen. Gleichzeitig zieht es Forschende aus der Schweiz in die Welt. Und mit dem europäischen Forschungsabkommen war ihnen bislang der Zugang zu den EU-Forschungsrahmenprogrammen garantiert. Das ist wichtig für die Forschung und bringt Kraft für Innovationen.

FACT BOX



Die höchste Erfolgsquote

europaweit hat die Schweiz bei den ERC Grants. Das sind die Gelder des Europäischen Forschungsrates (European Research Council), mit denen herausragende junge Forscherinnen und Forscher Teams aufbauen können. Die ERC Grants gelten als ganz besonders prestigeträchtig, die angenommenen Projekte werden mit rund 2.5 bis 3.5 Millionen Franken unterstützt. Von den über 320 an Schweizer Hochschulen tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die während dem 7. Forschungsrahmenprogramm einen ERC-Grant erhielten, stammten 26 Prozent aus der Schweiz, 58 Prozent aus den EU-Ländern und 8 Prozent aus den USA. Auch dies verdeutlicht die Wichtigkeit der EU für den Schweizer Forschungsplatz.

Und die Schweiz profitiert auch finanziell: Weil die europäische Forschungsförderung ein Geldtopf ist, in den alle Länder verhältnismässig gleich viel einzahlen, jedoch nur die Besten das Geld wieder abholen können. Die Schweiz ist dabei in komfortabler Lage. Seit der Vollasoziiierung der Schweiz an die Forschungsrahmenprogramme im Jahr 2004 ist mehr Geld in die Schweizer Forschung zurückgeflossen, als an Pflichtbeiträgen an die Förderprogramme geleistet wurde. Ein Gewinn auf ganzer Linie.

Hätte die Schweiz die Masseneinwanderungsinitiative radikal umgesetzt, wäre die Beteiligung unseres Landes an den Forschungsrahmenprogrammen der EU, die für unseren Spitzenforschungsplatz in Europa so wichtig sind, gefährdet gewesen. Als sogenannte Drittstaatenangehörige hätten Forscherinnen und Forscher aus der Schweiz nur noch eingeschränkt mitforschen können.

FIGURE BOX



Horizon 2020

- Horizon 2020 schafft Möglichkeiten zur internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Bildung und Innovation. Es ermöglicht und fördert die Mobilität von Forschenden und damit den Transfer und Austausch von Wissen.
- Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative haben sich Schweizer Forschende nur noch an 318 europäischen Forschungsprojekten beteiligt.
- Lediglich 15 Forschungsprojekte werden noch von Schweizer Forschenden koordiniert.
- Die Folge: ein grosser Prestigeverlust und weniger Sichtbarkeit für die Universitäten und die Forschenden aus der Schweiz. Damit wird es schwieriger, Spitzenforscherinnen und -forscher in der Schweiz zu verpflichten, und die Innovationskraft der Schweizer Universitäten nimmt ab.
- Eine Zwischenbilanz offenbart: Es liessen sich bisher lediglich Fördergelder in Höhe von etwa 172 Mio. Franken aus der EU gewinnen.

FACT BOX



Schweizer Forschende im Lead

Das gesamte Wissen über das menschliche Hirn wird gesammelt, um computergestützte Simulationen des menschlichen Gehirns zu entwickeln. Damit sollen grundlegende Fortschritte in den Neurowissenschaften, in der Medizin, den Sozialwissenschaften sowie in Informationstechnologie und Robotik ermöglicht werden. Das europäische Prestigeprojekt «Human Brain Project» wird von einem Forschungsteam an der EPF in Lausanne geleitet.

Die Forschungsabkommen schaffen unzählige Arbeitsplätze: In der Forschung und Entwicklung selbst sichern sie die Stelle der Doktorandin, die ihre Dissertation in einem EU-finanzierten Projekt schreibt. Diejenige des Laboranten, der im Pharmalabor arbeitet. Diejenige der Professorin, die ein Forschungsprojekt leitet. Hochschulen wie Universitäten, ETHs, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen sind aber auch Grossbetriebe und benötigen viel Personal, ohne das der Betrieb nicht läuft: Facility Manager an der Universität, Sachbearbeiter in der Finanzverwaltung, der Sekretär für Studienangelegenheiten, die Stelle der Stundenplankoordinatorin, die IT-Fachfrau, das Putzpersonal und die Mensaköchinnen und -köche. Auch im Umkreis der Universitäten und ETHs ist es belebt: Innovative Hochschulen sind ein fruchtbarer Boden für viele neue Firmen und Start-ups, wo Stellen in der Entwicklung von neuen Produkten, in der Werbung und im Verkauf dazukommen. Der Bund hat ausgerechnet, dass durch die Beteiligung am EU-Forschungsrahmenprogramm in den Jahren 2002 bis 2007 fast 200 neue Firmen in der Schweiz gegründet wurden.



Wenn immer möglich, kommt auch Dana an den Feiertagen in die Schweiz. Nicht nur Grossmutter Wälti interessiert sich für Forschungsfragen, auch sie und Marco, Erikas und Giannis Sohn, haben seit dem 9. Februar 2014 ein gemeinsames Thema. Die Sorge darum, wie ihre Forschungsprojekte weitergehen. Marco ist Chemielaborant und arbeitet bei einem kleinen Unternehmen. Das Unternehmen ist an einigen europäischen Forschungsprojekten beteiligt, an denen nicht nur Marco, sondern auch seine Kolleginnen und Kollegen arbeiten. Nach dem 9. Februar 2014 wurde die Schweiz wegen der Masseneinwanderungsinitiative von den europäischen Forschungsrahmenprogrammen ausgeschlossen. Davon war auch Marcos Forschungsprojekt betroffen. Glücklicherweise konnte der Bundesrat wenigstens noch eine Teilassoziiierung an den Programmen aushandeln und das Projekt konnte weiterlaufen. Allerdings wusste während fast drei Jahren niemand, wie es weitergeht, wenn diese Übergangslösung ausläuft. Marco hatte Angst davor, seine Stelle zu verlieren und sah die Innovationskraft der Schweizer Forschung gefährdet. Im Dezember 2016 kam dann endlich die erlösende Nachricht: Die Schweiz kann wieder richtig am europäischen Forschungsnetzwerk teilnehmen und Marcos Projekt kann weiterlaufen. Dana weiss, wovon Marco spricht: Ihre eigenen Projekte in Deutschland sind zwar nicht betroffen, aber welchen Aufenthaltsstatus sie in Deutschland haben würde, wenn die Masseneinwanderungsinitiative radikal umgesetzt worden wäre und damit die bilateralen Verträge fallen, ist unklar.

Weil wir mitbieten und Aufträge wollen

Durch das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen können sich Unternehmen aus der Schweiz für öffentliche Aufträge auf allen Ebenen in ganz Europa bewerben. Wir können Spitäler ausstatten, Bauten im Ausland gestalten oder den öffentlichen Verkehr vorwärtsbringen. Im Gegenzug kann sich unsere öffentliche Hand bei ihren Ausschreibungen auch für ein Unternehmen aus dem Ausland entscheiden. Das bringt Kostenvorteile für Steuerzahler und Staat.

2400 Mrd. Euro

umfasst das Auftragsvolumen für öffentliche Beschaffungen in der EU. In der Schweiz sind es jährlich etwa 40 Mrd. Franken.

Auslandaufträge für Schweizer Unternehmen

Bereits 1990 wurde von der Welthandelsorganisation bestimmt, dass Beschaffungen der öffentlichen Hand ab einem gewissen Geldbetrag international ausgeschrieben werden müssen. Das bilaterale Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen hat diese Bestimmungen erweitert.

Öffentliche Beschaffungen von Gütern und Dienstleistungen sowie Bauaufträge durch bestimmte Auftraggeber müssen international ausgeschrieben werden, wenn sie einen gewissen Geldbetrag übersteigen. So soll Transparenz geschaffen und ein fairer Wettbewerb zwischen Anbietern erreicht werden.

Das bilaterale Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen weitet diesen Geltungsbereich aus, zum Beispiel auf Ausschreibungen auf Gemeindeebene, die heute etwa die Hälfte aller öffentlichen Ausschreibungen ausmachen. Dies geschieht zum Vorteil für unsere exportorientierten Unternehmen, die damit europäischen Unternehmen in Bezug auf die Vergabe im Wettbewerb gleichgestellt sind. Wenn also die Stadler Rail heute einfach und kostengünstig beim Auftrag für den Bau neuer Züge für die Berliner S-Bahn oder die U-Bahn in Glasgow mitbieten kann, hat sie das dem Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen zu verdanken. So lassen sich dank europäischer Aufträge in den Regionen der Schweiz Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Aufträge aus Europa lohnen sich. Etwa 40 Prozent jener Unternehmen, die bereits zuvor an öffentlichen Ausschreibungen aus der EU teilgenommen haben, konnten durch das Abkommen neue Absatzmärkte für ihre Produkte erschliessen oder vermehrt öffentliche Aufträge aus Ländern der Europäischen Union gewinnen. Gemäss Schätzungen gibt es in Europa insgesamt ein Auftragsvolumen von 2400 Milliarden Euro für die Realisierung von Infrastruktur. Das sind zum Beispiel Bahnen und Strassen oder die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen wie medizinische Geräte für die Ausstattung von Spitälern oder Eisenbahnanlagen für Bahngesellschaften. Davon profitieren die Unternehmen und ihre Zulieferbetriebe in der Schweiz, aber auch Dienstleister wie z.B. Ingenieurinnen oder Architekten, die in allen 28 europäischen Ländern mitofferbieren können.

Unternehmen aus der Schweiz haben im Jahr 2007 Aufträge im Umfang von einer Milliarde Euro von öffentlichen Auftraggebern aus Europa erhalten. Eine Milliarde, die Arbeit in die Schweiz brachte.

1 Mrd. Euro

Umsatz machten Schweizer Unternehmen durch öffentliche Aufträge aus Europa im Jahr 2007.



Wältis Sohn Michael ist dieses Wochenende alleine mit den Kindern. Seine Frau Nicole muss arbeiten, um eine wichtige Deadline einhalten zu können. Sie ist Architektin und bietet bei einem grossen Wettbewerb mit: Eine umfangreiche Schulhausanlage in England soll gebaut werden. Nicoles Büro ist spezialisiert auf solche Bauten und froh, dass es sich europaweit um Schulhaus-Aufträge bewerben kann. Der Markt in der Schweiz ist klein. Zwar beteiligen sich auch ausländische Firmen bei Wettbewerben in der Schweiz; aber dank der Schweizer Exzellenz sieht Nicole die Konkurrenz vor allem als Bereicherung.

Vorteil für die Staatskasse und den Steuerzahler

Was für Schweizer Unternehmen in Europa gilt, gilt auch für europäische Unternehmen in der Schweiz. Auch sie können sich an öffentlichen Ausschreibungen von Bund, Kantonen und Gemeinden beteiligen. Das ermöglicht unserer öffentlichen Hand, beste Leistung für den besten Preis einzukaufen und so im besten Fall auch Steuergelder zu sparen. Damit die Entscheidung auch bei hohem Wettbewerbsdruck fair bleibt, gelten klare Regeln.

Davon profitieren auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Denn öffentliche Beschaffungen werden in erster Linie aus Steuergeldern finanziert. Das Abkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen sorgt dafür, dass diese besonders effizient investiert werden können. Im Jahr 2013 wurden von den 1830 Beschaffungen des Bundes im Umfang von gesamthaft rund 5.2 Mrd. CHF gut sechs Prozent (126) der Aufträge mit einem Gesamtwert von 400 Mio. CHF in die EU vergeben. Ein grosser Teil der Aufträge verblieb also in der Schweiz.

Für die Auftragsvergabe gelten klare Regeln. Die Verfahren müssen transparent sein, alle Anbieter werden gleich behandelt, und nach dem Ausschreibungsprozess haben die Anbieter die Möglichkeit, über das Rekursrecht die Entscheidung zu hinterfragen. Grundsätzlich gilt, dass bei einer Ausschreibung das wirtschaftlich effizienteste Angebot gewählt wird, sofern sich die Angebote in ihrer Qualität nicht unterscheiden. Auftraggeber können bei der Ausschreibung zusätzlich jedoch auch weitere Kriterien z.B. zur Einhaltung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur Umweltverträglichkeit bestimmter Dienste oder gar zu Lieferfristen festlegen. Auf diese Weise sollen ein fairer Wettbewerb spielen und willkürliche oder diskriminierende Entscheidungen im Zuge eines Ausschreibungsprozesses verhindert werden.

Notizen



Weil wir Lebensmittelvielfalt wollen

Der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten hat in Europa Tradition. Schweizer Käse beispielsweise ist im Ausland beliebt. Das Landwirtschaftsabkommen mit Europa hat unseren Schweizer Bauern nicht nur den Zugang zum grossen europäischen Markt weiter erleichtert, an dem sie schon seit mehr als 40 Jahren erfolgreich teilhaben. Es hat auch die Regale in unseren Supermärkten mit grösserer Produktvielfalt gefüllt.

Schweizer Käse für Europa

Vom erfolgreichen Handel mit unseren Nachbarn profitieren unsere Bauern schon seit mehr als 40 Jahren.

Heute geht mehr als die Hälfte unserer Landwirtschaftsexporte ins europäische Ausland – 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten greifen gerne zu unseren geschmackvollen und hochwertigen Produkten. Gruyère, Emmentaler und Tête de Moine: Sie dürfen auf keiner guten Käseplatte fehlen, nicht nur in der Schweiz, auch in Europa. Auch andere verarbeitete landwirtschaftliche Käse- und Milchprodukte hat die Schweiz schon früh mit ihren europäischen Nachbarn ausgetauscht. Erste bedeutende Handelsnetzwerke wurden in den 1970er-Jahren geknüpft. Bereits das Freihandelsabkommen von 1972 erleichterte die Ein- und Ausfuhr bestimmter Käsesorten.

HISTORY BOX

Der Welschlandhandel

Die Umstellung in der alpinen und voralpinen Landwirtschaft vom Getreideanbau hin zur Viehzucht und dann zur Milchwirtschaft und Käseherstellung erfolgte schon im Spätmittelalter. Dazu musste nicht nur der Boden umgenutzt werden, auch erforderte die Viehzucht eine neue Wirtschaftsweise: Die eidgenössischen Bauern stiegen von der Selbstversorgung um auf Marktproduktion, nämlich den Viehhandel mit den oberitalienischen Städten – dem «Welschland». Dieser Handel war auch mit Risiken verbunden: Nicht immer bestand in Italien eine genügend grosse Nachfrage nach Schweizer Fleisch. Und da die Bauern ihr Vieh nicht wieder zurück über die Pässe in die Schweiz bringen konnten, mussten sie es zu den Preisen verkaufen, die der Markt bot. Als dann im 16. Jahrhundert haltbarer Hartkäse hergestellt werden konnte und ebenfalls zur Exportware wurde, handelten die Schweizer erste Verträge mit den Abnehmern aus: Die Eidgenossen und Frankreich schlossen sogenannte Allianzverträge ab, mit denen der Käse aus der Eidgenossenschaft zollfrei nach Frankreich geliefert werden konnte. Dafür erhielten die Eidgenossen vom französischen König Salz zu guten Bedingungen.



Mit den bilateralen Verträgen wurde der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zwischen den europäischen Ländern weiter vereinfacht: Das Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen regelt den Austausch von Agrarprodukten zwischen der Schweiz und den europäischen Mitgliedsstaaten. Nationale Zölle und Kontingente für spezifische landwirtschaftliche Produkte wie Käse oder andere verarbeitete Milchprodukte wurden reduziert, unterschiedliche Produkt- oder Zulassungsvorschriften harmonisiert: Schweizer Bauern können beispielsweise Früchte und Gemüse unter Schweizer Label in die EU exportieren, ohne zuvor zusätzlich einzelne Kontrollen in den europäischen Ländern durchführen lassen zu müssen. So ist für unsere Bauern der Weg frei, ihre Erzeugnisse auf dem gesamten europäischen Markt anzubieten. Zudem sind sie weniger abhängig vom vergleichsweise kleinen Schweizer Markt.

Rund 530 000 Menschen

übten 2013 in der Schweiz eine Tätigkeit im Lebensmittelbereich aus – von der Produktion in der Landwirtschaft bis zu den Beschäftigten im Detailhandel und in der Gastronomie.

Mehr als 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten in den europäischen Ländern können heute zu hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten aus der Schweiz greifen – und das tun sie je länger desto öfter. Auch für unsere Bauern sind die Märkte in Europa immer wichtiger geworden. Die Schweizer Landwirtschaft profitiert aber nicht nur von einem Absatzmarkt, der einfacher zu beliefern ist. Sie hat dank den Bilateralen auch unmittelbar Zugang zu Saatgut, Pflanzenschutz- und Futtermittel aus dem europäischen Raum und profitiert von günstigeren Preisen. Für die Schweizer Fleisch- und Milchproduktion ist das essentiell, denn wir produzieren selbst nicht genug heimisches Futtermittel für die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte: Im Jahr 2015 wurden über 1.5 Millionen Tonnen Futtermittel mehr importiert als exportiert. Rund 80 Prozent der Futtermittelimporte stammen aus der EU.

Unverarbeitete Landwirtschaftsprodukte wie unser hochwertiges Fleisch oder unsere gute Milch brauchen besonderen Schutz. Den haben sie. Für sie ist der Grenzschutz in Form von Zöllen und Kontingenten hoch.

FIGURE BOX



Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

- Die Schweizer Agrarausfuhren nach Europa haben seit 2002 jährlich um über 4% zugenommen.
- Im Jahr 2015 gingen knapp 62% der Schweizer Agrarexporte nach Europa.
- Zwischen 2002 und 2015 haben sich die landwirtschaftlichen Exporte nach Europa um über 69% erhöht, von 3.3 Mrd. Franken auf 5.6 Mrd. Franken.
- Die Ausfuhr von Schweizer Käse nach Europa nahm mengenmässig zwischen 2002 und 2015 pro Jahr im Schnitt um rund 2% zu.
- 25% der in der Schweiz produzierten Milch wird heute zu unseren Nachbarn exportiert.
- Auch die Importe aus Europa sind gestiegen: Im Jahr 2002 wurden Agrarprodukte und verarbeitete Landwirtschaftsprodukte im Wert von 8.1 Mrd. Franken importiert, im Jahr 2015 waren es bereits 10.3 Mrd. Franken.
- Im Jahr 2015 stammten 78% der Schweizer Agrarimporte aus Europa.

Umgekehrt sind aber z.B. auch Käsesorten aus Europa in der Schweiz beliebt. In der Vergangenheit wurde deshalb nicht nur mehr Schweizer Käse exportiert, sondern auch zunehmend mehr Käsesorten aus dem europäischen Ausland importiert. Die Käsehandelsbilanz ist positiv. Dank der offenen Märkte in Europa haben die Schweizer Käseproduzenten die Konkurrenz in der Schweiz mehr als kompensiert. Die Exportmenge hat sich seit 2002 deutlich erhöht, und auch der damit erzielte Exportumsatz hat – trotz stärker gewordenem Franken – zugenommen. Schweizer Käseproduzenten konnten ihre Einnahmen zwischen 2002 und 2014 im Handel mit der EU um etwa 20 Prozent steigern.

Die Schweizer Käser haben die Öffnung nicht nur erfolgreich gemeistert, sie hat ihnen auch neue Wachstumspotenziale ermöglicht. Denn noch Ende der 1990er-Jahre, vor dem bilateralen Landwirtschaftsabkommen, zeigte sich ein negativer Trend bei den Käseexporten.

Mehr Auswahl und bessere Preise für Konsumenten

Wir exportieren nicht nur landwirtschaftliche Produkte, wir importieren sie auch. Liebgewonnene Produkte aus dem Ausland müssen wir auch in unseren Regalen nicht mehr missen.



Seit ihrer Pensionierung reisen die Wältis nicht nur gern und viel, sondern sie kochen auch ihre kulinarischen Ferienerinnerungen nach. Echter Feta für den griechischen Salat? Französischer Wein für das Boeuf Bourguignon? Büffelmozzarella für den Insalata Caprese? Kein Problem, gibt es alles im Coop. Das war nicht immer so; vor ein paar Jahren war die Auswahl bei Coop und Migros sehr viel kleiner. Doch manchmal werden die Wältis auch etwas nachdenklich: Was bedeutet das denn für die Schweizer Produzenten? Sie fragen einen befreundeten Bauer, der sich auskennt: Ja, der Import von Camembert und Manchego habe zwar zugenommen, aber zum einen ist der Import von unverarbeiteten Produkten wie Milch und Fleisch geschützt durch hohe Zölle und Kontingente. Und zum andern verkauft der Käseproduzent, dem er seine Milch liefert, viel mehr Schweizer Käse nach Europa als zuvor. Insgesamt sei es ein Gewinn.

Die Angebotsvielfalt ist in den letzten Jahren gewachsen. Ein Blick in die Supermarktregale zeigt, dass auch wir beim Einkaufen eine grössere Auswahl haben. Ob französischer Weichkäse oder italienischer Wein: Täglich haben wir die Wahl zwischen unzähligen Produkten. Wir können essen, wonach es uns beliebt, und das auch noch zu fairen, im Wettbewerb ausgehandelten Preisen. Und ein Blick in das Sortiment der Migros zeigt: Die Auswahl beim Käse ist für die Konsumentinnen und Konsumenten in den vergangenen Jahren grösser geworden, viele neue Sorten sind hinzugekommen. Dabei handelt es sich aber nicht nur um Importe, sondern auch um inländische Sorten. Der Wettbewerb mit Europa belebt unseren Markt und vergrössert das Angebot.

Weil wir unkompliziert reisen wollen

Wir Schweizer reisen gerne. Mindestens zweimal im Jahr verreist jede Schweizerin und jeder Schweizer heute im Durchschnitt – am liebsten ins europäische Ausland und gerne mit dem Flieger. Das Luftverkehrsabkommen von 1999 hat dafür gesorgt, dass Reisen mit dem Flugzeug heute schneller, bequemer und günstiger sind. Weil auch die Schweiz als Reiseziel beliebt ist, sichert der Flugverkehr ausserdem allein im Raum Zürich mehr als 26 000 Arbeitsplätze.

Reisefreudige Schweiz

In Europa belegt die Schweiz den dritten Platz im Ranking um die reisefreudigste Nation.

Gemeinsam mit Finnland, Luxemburg und den Niederlanden gehört die Schweiz zu den reisefreudigsten Nationen in Europa. Insbesondere unsere europäischen Nachbarländer haben es uns angetan: Mehr als die Hälfte unserer Reisen führen uns dorthin. Deutschland, Italien und Frankreich gehören seit Jahren zu den beliebtesten Urlaubszielen der Schweizerinnen und Schweizer.

FIGURE BOX

Reisefreudige Schweiz

- 2 längere Reisen unternahmen Schweizerinnen und Schweizer im Jahr 2014.
- 56% dieser Reisen führten ins europäische und 7% ins aussereuropäische Ausland.
- Unsere direkten Nachbarn waren besonders beliebt: Jeweils 12% ihrer Reisen führten die Schweizerinnen und Schweizer nach Deutschland oder Italien, 9% der Reisen gingen nach Frankreich.



Familie Wälti ist schon immer gerne gereist. 1965 ging es mit dem VW Käfer an die ligurische Küste. Nach dem Ölschock verbrachten Brigitte und Hanspeter ab den 1970er-Jahren die Ferien wieder öfter in den heimischen Schweizer Bergen. Ihre Kinder zog es jedoch nach Europa. Mit Interrail reisten sie oft wochenlang mit dem Zug von Portugal bis nach Dänemark. Und mit der Öffnung des eisernen Vorhangs konnte erstmals auch der Osten entdeckt werden. Doch ein Blick in die Familialben der letzten Jahre zeigt ein neues Bild.

FIGURE BOX

Flugverkehr Schweiz

- Im Jahr 2014 unternahmen die Schweizerinnen und Schweizer 41% ihrer Auslandsreisen mit dem Flugzeug.
- Die Schweiz verfügt über 3 Landesflughäfen und 11 Regionalflugplätze.
- Zürich ist der grösste Flughafen, gefolgt von Genf und Basel-Mulhouse.
- Im Jahr 2015 wurden an allen Schweizer Flughäfen knapp 50 Mio. Flugpassagiere und rund 461000 Flugbewegungen gezählt.
- 53% der Fluggäste wurden in Zürich, 32% in Genf, 14% in Basel-Mulhouse und nur 1% an den regionalen Flugplätzen gezählt.



41 Prozent

unserer Reisen tätigen wir mit dem
Flugzeug.

Mit dem Flugzeug in die Welt

Das Luftverkehrsabkommen ermöglicht unkompliziertes Reisen in ganz Europa.

Das unkomplizierte Reisen ermöglicht das bilaterale Luftverkehrsabkommen von 1999. Dank dieses Abkommens sind die Flüge günstiger geworden, sodass wir uns häufiger ins Flugzeug setzen und unkompliziert reisen können, wohin wir wollen.

FACT BOX



Mehr Flugziele in Europa

Im Jahr 2015 flogen Schweizer Fluggesellschaften regelmässig 141 Ziele in Europa an. Noch zwanzig Jahre zuvor – im Jahr 1995 – konnten sie nur 96 Ziele ansteuern. Besonders in den Ländern, in denen wir heute gern unseren Urlaub verbringen, haben wir Ziele dazugewonnen – so hat sich die Anzahl der Destinationen in Spanien mehr als verdoppelt und in Griechenland sogar verdreifacht. Auch neue Ziele in jungen europäischen Ländern wie Kroatien sind dazugekommen und erfreuen sich grosser Beliebtheit. Ähnlich verhält es sich mit der Anzahl der Passagiere bei den Schweizer Fluggesellschaften: Während im Jahr 2015 mehr als 20 Millionen Fluggäste mit europäischen Zielen in der Schweiz registriert wurden, waren es 20 Jahre zuvor im Jahr 1995 weniger als 7 Millionen Fluggäste.

Das Luftverkehrsabkommen gewährt unseren Fluggesellschaften den Zugang zum europäischen Luftraum. Das bedeutet, dass Schweizer Fluggesellschaften ihre Destinationen in Europa selbst wählen dürfen und auch selbst entscheiden können, wie oft und mit welchen Flugzeugen bestimmte Ziele angeflogen werden. Ebenso können ausländische Fluggesellschaften Schweizer Ziele wie Zürich oder Genf unbürokratisch für sich erschliessen. Aus der Konkurrenz von inländischen und ausländischen Fluggesellschaften resultieren nicht selten bessere Flugverbindungen und günstigere Flugpreise.



Seit Ende der 1990er-Jahre steigen die Wältis am liebsten ins Flugzeug. Sie besuchen die Museen von Paris, tauchen in Budapest in den Thermalbädern ab und hören in Porto dem Fado zu. Die Pizza in Neapel schmeckt eindeutig besser, wenn nicht stundenlange Autofahrten und Familienstreitereien davor nötig sind. Auch Enkelin Anna reist nicht mehr mit dem Zug durch Europa wie ihre Eltern, sondern fliegt mit Easyjet nach Barcelona, um ihre Freunde zu besuchen.

Die Mobilität, von der wir heute fast unbeschränkt profitieren, ist also das Ergebnis des erfolgreichen bilateralen Luftverkehrsabkommens. Nur dank dieses Abkommens können wir schnell und günstig in die Ferien fliegen, Freunde und Familie in ganz Europa besuchen und beruflich so mobil sein wie nie zuvor.

56 Prozent

unserer Reisen führen ins europäische Ausland.

FACT BOX



Drehkreuz für die Welt: Flughafen Zürich

Der Flughafen Zürich ist heute der grösste Flughafen der Schweiz. Von hier aus starten Flieger zu 169 Zielen in der ganzen Welt, davon 121 Flughäfen in 36 europäischen Ländern. Im Schnitt verlassen rund 300 Flieger am Tag den Flughafen. Besonders häufig verlassen sie Zürich in Richtung London, Berlin, Wien oder Amsterdam. An Spitzentagen begegnen sich am Zürcher Flughafen bis zu 97000 ankommende oder abreisende Passagiere. Mehr als 70 Prozent der Passagiere am Flughafen Zürich sind Schweizerinnen und Schweizer.

Ein Wegfall des bilateralen Luftverkehrsabkommens hätte zur Folge, dass ältere Vereinbarungen über den Luftverkehr mit einzelnen europäischen Nachbarn wieder in Kraft treten würden. Was das bedeutet, zeigt sich am Beispiel der Vereinbarungen zwischen der Schweiz und ihrem südlichen Nachbarland Italien. Das letzte gültige Abkommen zum Linienverkehr zwischen der Schweiz und Italien stammt aus dem Jahr 1956. Würde dieses Abkommen heute wieder in Kraft treten, könnten Schweizer Fluggesellschaften nur noch vier Destinationen in Italien unbürokratisch anfliegen: Genua, Turin, Mailand und Rom. Andere Destinationen können dann nur noch bedient werden, wenn dafür spezielle Verträge ausgehandelt werden. Diese müssen zudem für jeden Flugplan, also jedes halbe Jahr, erneut beantragt werden. Das wäre ein immenser Aufwand, denn in Italien gibt es heute mehr als 30 grössere Flughäfen. Gegenwärtig werden allein vom Flughafen Zürich von allen Fluggesellschaften regelmässig 17 Ziele in Italien angefliegen. Die Fluggesellschaft Swiss hat 12 italienische Ziele in ihrem Destinationsangebot. Umgekehrt könnten auch italienische Fluggesellschaften nur noch eingeschränkt Ziele in der Schweiz anfliegen: Zürich, Genf und Basel bleiben, Lugano und Bern dürften hingegen nicht mehr automatisch angefliegen werden. Allerdings dürften sie die drei verbleibenden Destinationen von allen italienischen Flughäfen aus anfliegen, was Schweizer Fluggesellschaften stark benachteiligen würde. Was ein Wegfall des Luftverkehrsabkommens deshalb an Bürokratie und Unwägbarkeiten für die Fluggesellschaften und den Bund bedeuten würde, ist kaum vorstellbar. Ausserdem hätten Schweizer Fluggesellschaften nicht mehr die Möglichkeit, Flüge zwischen einzelnen europäischen Flughäfen anzubieten – zum Beispiel zwischen Berlin und Rom. Damit verlieren sie deutlich im Wettbewerb mit ausländischen Fluggesellschaften.

26000 Arbeitsplätze

sichert allein der Flugverkehr am grössten Schweizer Flughafen in Zürich.

FIGURE BOX

Doppelt so viele Linienflüge wie 1995

Schweizer Fluggäste können heute fast doppelt so viele Ziele in ihren Lieblingsländern anfliegen wie 1995.



	1995		2015	
	Ziele	Passagiere	Ziele	Passagiere
■ Frankreich	10	964 362	18	2 272 505
■ Griechenland	3	211 871	10	736 472
■ Italien	14	619 316	18	1 886 159
■ Kroatien	1	44 358	5	135 619
■ Portugal	2	192 937	4	895 840
■ Spanien	8	515 652	17	3 738 328

Luftverkehr schafft Arbeitsplätze

Vom Luftverkehr profitieren Fluggesellschaften, Flughäfen und Autovermietungen, aber auch die Gastronomie- und Tourismusbranche.

Der Flughafen Zürich und die mehr als 280 dort ansässigen Unternehmen sichern Arbeitsplätze für viele Menschen. Das sind Fluggesellschaften, Autovermietungen oder Sicherheitsbetriebe, aber auch Gastronomie- und Drogeriegeschäfte. Gemeinsam mit diesen Unternehmen schafft der Flughafen über 26000 Arbeitsplätze. Mehr als 100 unterschiedliche Berufe mit ganz unterschiedlichen Anforderungsprofilen machen den Flughafen zu einem abwechslungsreichen und attraktiven Arbeitsort. Der Zürcher Flughafen gibt im Jahr 2016 an, dass pro Million Passagiere rund 1000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.



Auch ein weiteres Familienmitglied der Wältis profitiert vom Flughafen Zürich: Susanne, die Schwiegertochter von Erika und Gianni, hat in der Filiale des Heimatwerks im Abflugterminal eine Stelle gefunden. Mit ihren Kollegen und Kolleginnen verkauft sie dort Schweizer Erinnerungen an alle, die die Schweiz verlassen. Sie kennt mittlerweile auch viele Geschäftsreisende persönlich. So z.B. Christine: Sie ist Software-Entwicklerin bei einem internationalen Unternehmen. Dieses hat sich für den Standort Zürich entschieden, da der Flughafen eine schnelle Verbindung für seine Mitarbeitenden in die Welt bedeutet.

Mehr als 10 000

Vollzeitstellen wurden zwischen 2004 und 2008 in der zivilen Luftfahrt in der Schweiz geschaffen.

Vom erfolgreichen Flugverkehr profitieren aber auch andere Branchen. Am Zürcher Flughafen kommen im Verlauf eines Tages rund 36 000 Passagiere an. Viele dieser Passagiere wollen die Schweiz bereisen und hier Urlaub machen. Davon profitiert unsere Gastronomie- und Tourismusbranche, die so Gäste aus Europa und der ganzen Welt in Empfang nehmen und beherbergen darf.

HISTORY BOX

Die Swissair am Boden



70 Jahre hat es die Swissair in der Schweiz gegeben. Lange war die Schweizer Fluggesellschaft eine der angesehensten Airlines. Das EWR-Nein der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 1992 markierte den Beginn vom Ende der traditionsreichen Firma. Die Swissair konnte nicht vollumfänglich am europäischen Streckennetz teilhaben. Die Gewinne brachen ein. Durch Allianzen mit kleineren Fluggesellschaften versuchte die Swissair, ein akzeptables Streckennetz aufzubauen. Eine kostspielige Strategie ohne Erfolg. Im Herbst 2001 ging dem Unternehmen schliesslich das Geld aus. Die Fluggesellschaft konnte weder Löhne noch Landegebühren oder Treibstoff mehr zahlen. Am 2. Oktober 2001 endete die Firmengeschichte der Schweizer Traditionsfluggesellschaft: Swissair-Flieger in ganz Europa blieben am Boden. 38 000 Passagiere strandeten und 71 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weltweit – davon 19 000 in der Schweiz – mussten um ihre Arbeitsplätze bangen.

Weil wir unsere Verkehrspolitik mit Europa sichern wollen

Wir bestellen Produkte aus dem Ausland und reisen am Wochenende in unsere Nachbarländer. Möglich ist diese Mobilität dank einer abgestimmten europäischen Verkehrspolitik. Eine Verkehrspolitik, die auch die Nachhaltigkeit im Blick hat und unsere einzigartigen Landschaften schützt.

Mobilität selbst gestalten

Personen bewegen sich heute wie selbstverständlich in ganz Europa, und auch Waren werden täglich über die Grenze transportiert. Um die Mobilität, wie wir sie wollen, nachhaltig und effizient zu gestalten, haben wir uns für eine gemeinsame Verkehrspolitik in Europa entschieden.

Heute passieren Waren wie selbstverständlich die Ländergrenzen in Europa. Um den Herausforderungen der wachsenden Mobilität nachhaltig und effizient zu begegnen, haben wir 1999 das Landverkehrsabkommen mit unseren europäischen Nachbarn abgeschlossen. Das Abkommen ermöglicht eine gemeinsame, abgestimmte Verkehrspolitik, öffnet die Strassen- und Schienenverkehrsmärkte in ganz Europa und schafft technische Hindernisse ab.

Das heisst zum Beispiel, dass schweizerische und europäische Transportunternehmen unter denselben Bedingungen arbeiten und die Schienen- und Strassennetze gleichwertig nutzen können. Davon profitieren wir im Alltag – es ist inzwischen zur Selbstverständlichkeit für uns geworden. Produkte, die wir im Ausland bestellen, finden ihren Weg dank international kombinierter Transporte schneller zu uns. Schweizer Spediteure können ihre Güter unkompliziert in die europäischen Nachbarländer transportieren. Ohne das Landverkehrsabkommen müsste die Schweiz mit jedem einzelnen europäischen Land eigene Vereinbarungen finden. Das würde erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich bringen sowie Verzögerungen und Umsatzausfälle im Güterverkehr verursachen. Dank des Landverkehrsabkommens ist heute zum Beispiel die sogenannte «grosse Kabotage» möglich. Das heisst, dass Schweizer Transportunternehmen ohne Probleme Waren zwischen zwei EU-Ländern transportieren dürfen. Darunter fallen immerhin 16 Prozent aller Transporte, die Schweizer Transportunternehmen insgesamt tätigen. Bei einem Wegfall des Abkommens wären solche Transporte nicht mehr möglich, was zu deutlichen Einbussen bei den Unternehmen führen würde. Ein Wegfall des Landverkehrsabkommens hätte ausserdem zur Folge, dass teilweise aus den 1950er-Jahren stammende bilaterale Abkommen mit einzelnen europäischen Ländern wieder in Kraft treten würden. Diese enthalten häufig starke Beschränkungen für Transporte. Aus Deutschland wären dann zum Beispiel nur noch knapp 30 Prozent der heutigen Transporte möglich. Der Handel mit einem unserer wichtigsten Exportpartner würde damit stark eingeschränkt. Mit dem Landverkehrsabkommen wurden ausserdem Zulassungsnormen und technische Vorgaben wie beispielsweise Gewichtslimiten von Lastwagen mehrheitlich harmonisiert.

Schutz unserer Alpen

Lastwagen aus ganz Europa, die auf unseren Strassen verkehren und unsere Alpen auf ihren Wegen überqueren, zahlen in der Schweiz eine Abgabe. Das generiert Einnahmen, die wir für Verkehrsprojekte nutzen können und erhöht den Druck, den Verkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlegen – zum Schutz unserer Landschaften.

Mit dem Landverkehrsabkommen hat die EU die schrittweise Einführung der sogenannten «Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe» (LSVA) in der Schweiz akzeptiert, deren Grundstein bereits im Jahr 2001 gelegt wurde. Die LSVA wird auf alle Lastwagen erhoben, die in der Schweiz verkehren. Dabei werden die gefahrene Strecke, das Gesamtgewicht des Fahrzeugs und die Schadstoffemission als Grundlage für die Berechnung der Abgabe herangezogen. Im Jahr 2008 wurden die Abgaben erhöht. Für eine Fahrt mit einem 40-Tonnen-Lastwagen über eine Distanz von 300 km – zum Beispiel von Basel nach Chiasso – ist heute eine Abgabe von etwa 325 CHF fällig. Das ist 13- bis 15-mal mehr als die 25 Franken, die ein 28-Tonnen-Lastwagen vor der Einführung der LSVA bezahlen musste.



Auch wenn die Wältis gerne viel reisen, das Wandern in den Schweizer Bergen steht immer noch hoch im Kurs. Natur und gute Luft halten fit, und auch ihre Kinder und Enkel sind vor allem im Winter gerne in den Bergen. Vor langer Zeit haben sich die Wältis ein kleines Ferienhäuschen im Maderanertal gekauft. Um diese kleine Idylle zu schützen, war Hanspeter Wälti in den späten 1980er-Jahren bei der Alpen-Initiative engagiert: Gross war die Freude, als 1994 die Alpen-Initiative angenommen wurde. Die Einführung der LSVA hat den Volksauftrag von 1994 weitergebracht und den Weg für das Landverkehrsabkommen als Teil der bilateralen Verträge geebnet. Das war Hanspeter Wälti gar nie richtig bewusst. Auch wenn man im Maderanertal ganz weit weg ist vom Alltag und der Politik – die Schweizer Berge liegen halt einfach in der Mitte des europäischen Kontinents, und am Alpenschutz muss auch Europa partizipieren.

Die Einnahmen durch die LSVA werden in der Schweiz für die Finanzierung verschiedenster Verkehrsprojekte genutzt, um unser Schienennetz und den alpenquerenden Verkehr noch effizienter zu gestalten. Dabei zahlen Transporteure aus Europa kräftig mit: Ein Viertel aller Einnahmen durch die LSVA stammen aus dem Ausland. So sind diese Einnahmen zum Beispiel in den Bau des neuen Gotthard-Basistunnels geflossen.

Die LSVA hat aber besonders ein Ziel: Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene. Und das gelingt: Der in den 1980er- und 1990er-Jahren stark angestiegene alpenquerende Schwerverkehr konnte seit der Einführung der LSVA stabilisiert und sogar leicht reduziert werden. Damit schützen wir sowohl die wertvollen Landschaften unserer Schweizer Alpen wie auch die dort lebenden Menschen.

FIGURE BOX



Von der Strasse auf die Schiene – dank der LSVA

- Die LSVA steigert die Effizienz: Die durchschnittliche Beladung eines Lastfahrzeuges stieg zwischen 2000 und 2012 von 6.3 auf 11.3 Tonnen.
- Zwischen 2000 und 2015 reduzierte sich so die Zahl der schweren Güterfahrzeuge, die durch die Schweizer Alpen fahren, von 1.40 Mio. auf 1.01 Mio. Fahrten pro Jahr.
- Ohne die LSVA und andere Verlagerungsinstrumente wie die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) würden jährlich zusätzlich rund 650 000 bis 700 000 schwere Lastfahrzeuge die Alpen passieren.
- Im Jahr 2015 wurden in der Schweiz 69.1% des alpenquerenden Güterverkehrs auf der Schiene transportiert.
- Im Jahr 2015 wurden dank der LSVA Netto-Einnahmen in einer Höhe von 1.457 Mrd. Franken generiert.
- Ein Viertel der Einnahmen aus der LSVA leisten europäische Transporteure. Im Jahr 2012 waren das 425 Mio. Franken - zwischen 2002 und 2012 gar 4.13 Mrd. Franken.

Gute Gründe für eine konstruktive Europapolitik der Schweiz.

Weil vernetzte Offenheit uns stark macht.

Weil wir Verstärkung brauchen.

Weil wir unkomplizierten Handel brauchen.

Weil uns Wissen und Forschung weiterbringen.

Weil wir mitbieten und Aufträge wollen.

Weil wir Lebensmittelvielfalt wollen.

Weil wir unkompliziert reisen wollen.

Weil wir unsere Verkehrspolitik mit Europa sichern wollen.